

Lesben- und Schwulenbefreiung – 50 Jahre Stonewall- Rebellion

Dave Stockton, Neue Internationale 239, Juli/August 2019

Um 1:30 Uhr am Morgen des 28. Juni 1969 stürmten Polizeikräfte der NYPD

unter der Leitung des Vizeinspektors Seymour Pine das Stonewall Inn in der Christopher Street in Manhattans Greenwich Village. „Wir übernehmen den Platz!“

Die PolizistInnen befahlen den KundInnen, sich in Reihen aufzustellen und ihre

Personalausweise parat zu halten. Viele wurden verbal misshandelt, einige grob

behandelt und verhaftet. Andere wurden aus der Bar geschleppt und die Bullen

begannen, sie in Autos zu verfrachten.

Die Bar war ein beliebter Treffpunkt für das gesamte Spektrum der

Homosexuellenszene, darunter Männer, Lesben, Trans-Personen und solche, die

sich heute als queer oder nicht-binär identifizieren. Stonewall war ein Ort, an

dem die Menschen tanzen, sich nach Belieben kleiden und küssen konnten, ohne

verspottet, belästigt oder hinausgeschmissen zu werden, wie es in „Hetero“-Bars

der Fall war. Wie andere schwule Treffpunkte wurde sie jedoch wegen dieser

damals rechtswidrigen Aktivitäten unter der Kontrolle der Mafia geführt, deren Mitglieder sowohl die Kundschaft ausnutzten wie auch beschützten. Dies und die Tatsache, dass SexarbeiterInnen dorthin „drängten“, lieferten der Polizei mehrere Vorwände, regelmäßig Razzien durchzuführen, aber auch Bestechungsgeld einzustreichen.

Doch am 28. Juni ändert sich die Situation. Als Gäste von der Polizei angegriffen und beleidigt wurden, begannen sie sich zu wehren – zum Erstaunen der PolizistInnen. Die Menge, die sich in der Christopher Street versammelt hatte, begann laut zu protestieren, zu spotten und dann die Polizei zu behindern. Der Auslöser war nach den meisten Berichten der heftige Widerstand einer Lesbe dagegen, in ein Polizeifahrzeug geschoben zu werden.

Bald flogen Gegenstände und „New Yorks Feinste“ – die Polizei – fand sich auf einmal zurückgedrängt und im Stonewall Inn belagert durch eine Menschenmenge, die zu Hunderten ihren Frust entlud. Die Auseinandersetzungen dauerten drei Nächte lang an, einige sagen, länger.

Nicht nur schwule Männer, sondern auch Lesben, Trans-Frauen und TransvestitInnen sowie obdachlose junge Menschen, die im

Christopher Park

lebten, traten bei den Unruhen an die Spitze. Zwei beteiligte Trans-Aktivistinnen, die Latina Sylvia Rivera und die schwarze Marsha P.

Johnson, gründeten 1970 eine Organisation namens STAR, die Street Transvestite

Action Revolutionaries (der Begriff „Transgender“ war damals nicht üblich).

Die Auswirkungen von Stonewall

Auch 50 Jahre später steht Stonewall für all jene, die gegen Unterdrückung

aufgrund ihrer Sexualität und Geschlechtsidentität kämpfen, die nicht den

patriarchalen heterosexuellen Normen entsprechen. Wie der Internationale

Frauentag (8. März) und die noch älteren ArbeiterInnenfeiern am 1. Mai ist der

28. Juni in vielen Ländern und zu vielen Zeiten zu einem Tag des Kampfes

geworden trotz der Versuche, ihn durch Staat und sogar Polizei zu integrieren.

In vielen Städten der Welt wie in Istanbul werden Menschen, die versuchen,

Pride Events zu organisieren, bis heute, mit brutaler, manchmal mörderischer

Unterdrückung konfrontiert. Das ist ein guter Grund dafür, dass der Christopher

Street Day in Ländern, die heute demokratische Rechte für LGBTIA-Menschen

zumindest formal garantieren, nicht an die Unternehmen oder

die Liberalen,
geschweige denn an die Polizei ausgeliefert werden sollte, nur
um zu zeigen,
„wie weit wir gekommen sind“. Das sind wir allein schon jenen
schuldig, denen
nach wie vor extreme Repression, Schläge und Mord,
Illegalität, Gefängnis oder
gar die Todesstrafe drohen, nur weil sie schwul, lesbisch oder
trans sind.

Es ist also ein guter Zeitpunkt, sich daran zu erinnern, wie
die von der
Stonewall-Rebellion inspirierte „Homosexuellenbewegung“ weit
über die
respektable Lobbyarbeit und die
„Homosexuellengesetzesreformkampagnen“ der
vorhergehenden Jahrzehnte hinausging.

Die 1950er Jahre waren eine besonders schwere Zeit für alle
LGBTIA-Menschen. Der Angriff auf Linke durch den McCarthyismus
beinhaltete auch
eine Hexenjagd, die als Lavendelschreck bekannt war. Guy
George Gabrielson, der
Vorsitzende des republikanischen Nationalkomitees, behauptete
beispielsweise,
dass „sexuell Perverse, die in den letzten Jahren unsere
Regierung infiltriert
haben, vielleicht so gefährlich wie die tatsächlichen
KommunistInnen“ seien.

„Die Unzucht“ in den USA

Menschen konnten entlassen werden, wenn ihre Sexualität oder Geschlechtsidentität von ihren „ArbeitgeberInnen“ entdeckt wurden. In den Schulen, in der Armee, in den Kirchen, im öffentlichen und politischen Leben, ganz zu schweigen von der Familie, war die Enthüllung meist verheerend. Und jene, die „enttarnt“ wurden, wurden oft misshandelt, auf die „Toilette“ gezwungen, von Angst und psychischer Bedrängnis heimgesucht.

Verschiedene Bundesstaatengesetze verboten das öffentliche Tanzen mit gleichgeschlechtlichen PartnerInnen und erzwangen das Tragen von mindestens drei Teilen „geschlechtsadäquater“ Kleidung. Die Polizei nutzte diese Gesetze, um diejenigen zu belästigen und einzuschüchtern, die sie überschritten, und überfiel regelmäßig Clubs, die von Schwulen, Lesben, Transgendern oder -vestitInnen besucht wurden.

Homosexualität wurde noch bis 1973 von der American Psychiatric Association als psychische Störung definiert. PsychiaterInnen sahen ihre Aufgabe darin, Schwule oft mit der schrecklichen Aversionstherapie zu „heilen“. Die Kirchen – und die USA waren und bleiben ein Land, in dem die Kirchen trotz der verfassungsmäßigen Trennung vom Staat enormen Einfluss ausüben – , wiesen ebenfalls die „Unzucht“ als eine der abscheulichsten Sünden zurück.

So dachten viele LGBTIA-Menschen, dass, wie sie sich selbst fühlten, eine schändliche Perversion und/oder eine Todsünde sei. Viele junge Menschen wurden von ihren Familien verstoßen oder verließen ihr Zuhause für ein Leben auf der Straße. Viele begingen Selbstmord. Brutale Prügel („queer bashing“) und Morde waren nicht nur häufig, sondern wurden auch gerade von der Polizei nicht ernst genommen (ähnlich wie häusliche Gewalt).

Coming Out

Stonewall inspirierte eine Reihe von öffentlichen Aktionen in den USA und darüber hinaus. Es fiel auf fruchtbaren Boden wegen der massiven Antikriegs-, der Black-Power- und Antirassismusbewegung und der Sit-ins und Teach-ins, die in den Jahren zuvor an Hochschulen abgehalten wurden. Die sexuelle Befreiung wurde zu einem großen, öffentlichen Thema. Obwohl vieles davon, wie FeministInnen betonten, auch sexistisch war, öffnete es den Weg für die Wiedergeburt der radikaleren Ideen der 1970er Jahre. In den USA führte Stonewall zur Gründung der Gay Liberation Front (GLF) und zum Erscheinen der Zeitung „Come Out“.

Die GLF nahm rasch radikale Positionen ein, die ihre

Solidarität mit der Black Panther Party und Kämpfen gegen den Vietnamkrieg zum Ausdruck brachten.

Und die „Panthers“, die damals mit mörderischer Unterdrückung durch den US-Bundesstaat konfrontiert waren, antworteten positiv.

Schwulenbefreiung bedeutete notwendigerweise Befreiung von Selbstunterdrückung, vom Leben auf Klosetts. Die von der GLF vorgeschlagenen Mittel waren, dass immer mehr Schwule ihr „Coming out“ (Selbsterklärung) vollziehen sollten, damit Homophobie herausgefordert und überwunden wird. Diese Strategie beruhte auf dem Mut des Einzelnen – natürlich unterstützt von lokalen Gruppen.

Carl Wittmans „Ein schwules Manifest“, das kurz vor Stonewall geschrieben, aber erst im Januar 1970 veröffentlicht wurde, verurteilte den männlichen Chauvinismus und die Familie als Unterdrückung sowohl für Frauen wie für schwule Männer. Das Manifest erklärte, dass Frauen, die für ihre Befreiung kämpfen, „unsere engsten Verbündeten sind“ und schlug die Notwendigkeit eines lesbischen Caucus (Recht auf gesonderte Treffen nur für Lesben) vor. In Bezug auf das Verhältnis der Bewegung zur ArbeiterInnenklasse war es vorsichtiger, aber nicht feindselig.

Tatsächlich war Wittman ein Linker, aber seine Vorsicht muss im Kontext einer Zeit betrachtet werden, in der ArbeiterInnenparteien reaktionäre Positionen zu Homosexualität und nicht-konformen Geschlechteridentitäten eingenommen hatten – und zwar nicht nur die sozialdemokratischen Parteien, sondern vor allem auch die stalinistischen Staaten, die Homosexualität unter Strafe stellten und als „westliche Perversion“ betrachteten.

Veränderung

Die neuen militanten Bewegungen dehnten sich auf viele Länder aus und halfen, die Aufhebung einer Reihe von brutal repressiven und diskriminierenden Gesetzen zu erzwingen.

Sie waren radikal, verbanden die Kritik an der bürgerlichen Familie mit der an reaktionären Geschlechternormen und Idealen von Männlichkeit und Weiblichkeit. Sie versuchten bewusst, sich mit der zweiten Welle des Feminismus, der antirassistischen Bewegung zur Befreiung der Schwarzen und der antiimperialistischen Opposition gegen imperialistische Kriege zu vereinen oder in sie zu integrieren.

In vielen Ländern konnten wichtige Verbesserungen und

wenigstens rechtliche Gleichstellung durchgesetzt werden. Aber einige VeteranInnen der Bewegung haben die Gelegenheit des 50. Jahrestages genutzt, um die Aufmerksamkeit auf einige der Schattenseiten zu lenken.

Der langjährige Aktivist und Historiker Martin Duberman (Autor von „Stonewall“, Penguin Books, 1. Auflage, 1993) veröffentlichte 2018 das Buch: „Has the Gay Movement Failed?“.

Er kritisiert „die jüngste assimilatorische Agenda der Bewegung – Eherecht und Erlaubnis, offen in der Armee zu dienen...“ und stellt sie in Gegensatz zur „...- weitaus umfassenderen Agenda, die die Front der Homosexuellenbefreiung zu ihrer Gründerzeit unmittelbar nach den Stonewall-Aufständen nach diesen Unruhen charakterisiert hatte. GLF hatte zu einem harten, umfassenden Angriff auf sexuelle und geschlechtsspezifische Normen, auf imperialistische Kriege und kapitalistische Gier und auf die schändliche Misshandlung von rassistischen und ethnischen Minderheiten aufgerufen.“

Und es hat dazu geführt, dass die großen – ja utopischen – Perspektiven der GLF von 1970-1973 für reformistische und liberale Ziele aufgegeben wurden, die sich auf die Forderung nach Integration in die Gesellschaft

und ihre
Institutionen konzentrieren, die einst angeprangert wurden.

Dasselbe gilt natürlich für viele der radikalen Bewegungen der
1960er und
1970er Jahre. Eine erste revolutionäre und utopische Phase
wich schließlich
einem Prozess der Zersplitterung und Fragmentierung, der zu
sehr
reformistischen und bürgerlichen Zielen führt.

Wie der Feminismus der zweiten Welle konzentrierte sich die
Befreiung der
Homosexuellen stark auf die Bekämpfung der Auswirkungen der
Unterdrückung für
die Einzelnen. „Bewusstseinsbildung“, „Outen“, „Schaffen von
Subkulturen“,
„gemeinsame Lebensweisen“ usw. – obwohl notwendig und
gerechtfertigt – wurden
den sozialen und Klassenkämpfen dieser Zeit entgegengesetzt.
In Großbritannien
wurde dies vorübergehend und inspirierend durch die
Unterstützung des
Bergarbeiterstreiks durch Lesben und Schwule überwunden. Damit
wurde ein echter
Durchbruch für die britischen Gewerkschaften und ihre
Mitglieder sowie für die
Labour Party erzielt.

Fazit

MarxistInnen sollten sich positiv und kritisch auf diese frühe

Periode der

Schwulen- und Frauenbefreiungsbewegung Anfang der 1970er Jahre beziehen.

Tatsächlich half diese Bewegung den MarxistInnen, den umfassenden radikalen

Impuls eines Marxismus wieder zu entdecken, der von Sozialdemokratie und

Stalinismus bürokratisch erstickt und mit einer im Kern kleinbürgerlichen

Zukunftsvision mit „proletarischer“, heteronormativer Familie verkommen war.

Sie hätte jedoch auch an der Erkenntnis des Marxismus anknüpfen müssen,

dass reaktionäre Geschlechterrollen sexuelle Unterdrückung auf einer

patriarchalischen Familie beruhten, die Frauen stark auf Kindererziehung und

Hausarbeit beschränkt. Es ist die Verteidigung dieser Arbeitsteilung, die auch

für frühere Formen der Klassengesellschaft von wesentlicher Bedeutung ist, im

Kapitalismus, die ideologische Kontrolle und im buchstäblichen Sinn Überwachung

der binären Geschlechterrollen und die Verfolgung derjenigen, die sie

überschreiten, erfordert.

Aber um dieses System auszumerzen, bedarf es der radikalen Beseitigung

kapitalistischer Ausbeutung und dann der Aufhebung der privaten Familieneinheit

und ihres Haushalts. Die grundlegende Akteurin, die für eine solche

Transformation notwendig ist, ist die ArbeiterInnenklasse –

männliche und weibliche – Schwule und Hetero- sowie Menschen aller Geschlechtsidentitäten.

Natürlich spielen diejenigen, die die Last der Unterdrückung tragen, eine zentrale Rolle bei ihrer Bekämpfung. Aber sie können dies nicht allein oder isoliert tun. Sie brauchen die soziale Kraft der ArbeiterInnenklasse, der Mehrheit. Aber diese wiederum kann sich nur dann für diese Aufgabe wappnen, wenn sie sich als Verfechterin aller Menschen erweist, die unter diesen Unterdrückungen leiden.

Frauenstreik in der Schweiz: Ein historischer Tag

Susanne Kühn, Neue Internationale 239, Juli/August 2019

Am 14. Juni beteiligten sich rund eine halbe Million Menschen am Frauen*streik. In allen größeren Städten, aber auch in politisch und gewerkschaftlich schlecht organisierten Teilen des Landes traten Frauen, vor allem solche, die im

Care-Sektor arbeiten oder in Ausbildung stehen, in den Ausstand. An zahlreichen Orten begannen die Streiks und Aktionen am Morgen und verbreiteten sich im Laufe des Tages. Lt. Schweizer Gewerkschaftsbund nahmen bereits am Vormittag des 14. Juni rund 100.000 am Streik teil.

Um 15:24 Uhr – einem der zentralen Momente der Aktion – verließen im ganzen Land Hunderttausende Frauen ihren Arbeitsplatz oder legten ihre „private“ Sorgearbeit nieder. In allen größeren und zahlreichen kleineren Städten formierten sich Demonstrationen – die größte in Zürich, wo über 160.000 Menschen, in ihrer großen Mehrzahl Frauen, auf die Straße gingen – eine der größten Kundgebungen in der Geschichte der Stadt! In Städten wie Basel waren 40.000 Menschen, also mehr als 20 % der Bevölkerung auf der Straße.

Der Frauen*streik stellt schon allein aufgrund seiner Größe ein historisches Ereignis dar. Die Schweizer Bevölkerung zählt rund 8,5 Millionen Menschen. Somit beteiligten sich 17 % der EinwohnerInnen an der Aktion (was in Deutschland rund 14 Millionen entsprechen würde)!

Wofür und von wem?

Der Frauen*streik reihte sich bewusst in die Internationalen Frauenstreiks ein, an denen sich auch 2019 Millionen beteiligten. Dass er in der Schweiz nicht am 8. März, sondern am 14. Juni stattfand, erklärt sich aus der Geschichte des Kampfes um Gleichberechtigung. 1991 fand ein erster, ebenfalls rund eine halbe Million zählender Frauenstreik statt, der vom Schweizer Gewerkschaftsbund organisiert und geführt wurde, um die konsequente Umsetzung des 1981 beschlossenen Gleichbehandlungsgesetzes zu fordern.

Viele der damals aufgestellten Ziele nach Gleichbehandlung, gleichen Einkommen, Löhnen und Arbeitsbedingungen, gegen sexistische Belästigung und sexuelle Gewalt sind bis heute nicht erfüllt und finden sich auch in den Manifesten, Aufrufen und Forderungskatalogen zum Frauen*streik 2019 wieder. Besonders betroffen davon sind mehrfach unterdrückte und entrechtete migrantische Frauen, die noch dazu ähnlich wie sexuell Unterdrückte eine bevorzugte Zielscheibe des Schweizer Rechtspopulismus, der „Schweizer Volkspartei“ (SVP) bilden. Der Kampftag stand daher nicht nur im Zeichen des Schulterchlusses mit der neuen

globalen

Frauenbewegung, sondern auch mit den migrantischen Frauen, deren unbeschränktes Bleiberecht, volle rechtliche und soziale Gleichstellung gefordert wurden.

Die Ursache für

den historischen Erfolg des Frauen*streiks ist vor allem darin zu finden, dass

er von lohnabhängigen, proletarischen Frauen getragen und organisiert wurde.

Die „Frauenfrage“ trat, wenn auch nicht voll bewusst, als Klassenfrage zutage

und als eine, die untrennbar mit dem Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus

verbunden ist.

Wie 1991 und anders als bei den letzten Frauenstreiks in Deutschland spielten die Gewerkschaften – vor allem im öffentlichen Dienst und im Gesundheitssektor (z. B. die „Gewerkschaft im Service public“) – eine Schlüsselrolle für die Mobilisierung. Auch im industriellen und privatwirtschaftlichen Sektor vertretene Verbände wie Unia organisierten aktiv z. B. den Streik der Reinigungsfrauen bei A&M Duraes Reinigung + Hauswartung GmbH in Luzern.

Selbstorganisation

Anders als 1991

wurde der Streik jedoch weniger von oben dirigiert. Vielmehr bildeten sich in

zahlreichen Betrieben und Dienststellen seit Monaten

Basisstrukturen, die den Kampf führten und organisierten. Diese wurden von Frauen getragen, bezogen aber auch Männer oder, wie z. B. in Kitas, Eltern als UnterstützerInnen ein.

Die wichtige Rolle betrieblicher und gewerkschaftlicher Strukturen bedeutete jedoch keine Verengung auf rein ökonomische Themen. Die Forderungen nach gesellschaftlicher Einrichtung und Finanzierung von Kinderbetreuung, sozialen Leistungen ..., die ansonsten auf Frauen abgewälzt werden, bildeten einen über rein betriebliche Fragen hinausgehenden weiteren Schwerpunkt.

Einen dritten stellte das Verlangen nach Schutz vor und Kampf gegen Sexismus, Gewalt gegen Frauen und LGBTIA+-Menschen und für sexuelle Selbstbestimmung dar. Schließlich machen antirassistische und internationalistische Losungen einen vierten Hauptpunkt der Ziele des Frauen*streiks aus. Einen Überblick über Forderungen, Manifeste und Argumente der Bewegung liefert die Seite des Frauen*streiks unter: <https://www.14juni.ch/argumente/>

Lohnabhängige Frauen stellten zweifellos die Hauptkraft des Streiks, auf dessen Demonstrationen antikapitalistische, antipatriarchale und

antirassistische
Parolen stark vertreten waren.

Der historische
Frauen*streik verweist wie die internationalen Mobilisierungen
zum 8. März in
den letzten Jahren auf die Entstehung einer neuen
proletarischen Frauenbewegung
– mag diese heute auch noch von kleinbürgerlich-feministischen
Ideologien,
Formen der Identitätspolitik oder auch von reformistischen
Apparaten der
Gewerkschaftsbürokratie dominiert sein.

Für
Hunderttausende, die sich am Kampftag beteiligten, und erst
recht für die
vielen AktivistInnen war schon vor dem Streik klar, dass
dieser nicht das Ende,
sondern nur ein erster Höhepunkt der Bewegung sein soll. In
diesen Tagen und
den kommenden Wochen und Monaten sind Auswertungstreffen und
Versammlungen
geplant, die die Perspektiven, Aufgaben und nächsten Schritte
der Bewegung
diskutieren und festlegen sollen.

Das kann den Grundstein nicht nur zu einer starken
Frauenbewegung der Schweiz legen, sondern auch einen
mächtigen, weit über das Land hinausgehenden Impuls liefern.
Gerade hinsichtlich der betrieblichen und gewerkschaftlichen
Verankerung der Bewegung können wir in Deutschland viel von
den AktivistInnen und GenossInnen lernen.

Verbindungen

Vielerorts wurde der Streik mit anderen Themen – Kampf gegen Rassismus, Rechtspopulismus, internationale Solidarität – verbunden und auch die Systemfrage aufgeworfen. Dies verweist auf das Potential nicht nur des Frauen*streiks, sondern auch auf die Rolle, die eine neue Frauenbewegung für die Erneuerung der ArbeiterInnenbewegung spielen kann. Zahlreiche Aktivistinnen gehören außerdem Strömungen der radikalen Linken oder dem linken Flügel der Gewerkschaften an, viele engagieren sich in antirassistischen Kämpfen oder in Bewegungen wie Fridays for Future.

Für diese stellt sich auch die Frage, wie und auf welcher programmatischen Grundlage eine politische Kraft, eine neue revolutionäre ArbeiterInnenpartei in der Schweiz und international aufgebaut werden kann. Die neue Frauenbefreiung kann so auch zu einem mächtigen Impuls für die Revolutionierung der ArbeiterInnenbewegung werden, für die Verbindung des Kampfs gegen jede Form der Unterdrückung mit dem für eine sozialistische Revolution.

Internationaler Frauenkampftag 2019: Eine Bewegung entsteht

Jaqueline Katherina Singh, Neue Internationale 236, April 2019

Millionen Frauen demonstrierten am 8. März gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung, Sexismus und Gewalt.

In Spanien legten wie schon 2018 rund 6 Millionen Beschäftigte die Arbeit nieder. Der internationale Frauen*streik gipfelte dort erneut in einer massenhaften Beteiligung gewerkschaftlich organisierter Arbeiterinnen wie auch ihrer männlichen Kollegen. Ohne den Druck der betrieblichen Basis wäre es sicher nicht möglich gewesen, diesen Streik so massenhaft zu entfalten.

Die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften CNT sowie CGT hatten ohnedies offiziell zu einem 24-Stunden-Streik aufgerufen. Die zwei größten, reformistisch geprägten Gewerkschaften, CC.00 und UGT, organisierten immerhin einen zweistündigen Warnstreik. In manchen Regionen, wie Kastilien-La Mancha, agierten sie linker und riefen zu einem ganztägigen Generalstreik der Frauen im öffentlichen Dienst auf. Im Baskenland und Katalonien scheint die Beteiligung besonders stark gewesen zu sein.

Zweifellos hat das Vorbild der spanischen Frauen auch die Bewegung in anderen europäischen Ländern inspiriert. In Italien, Belgien und anderen europäischen Ländern zeigten sich wichtige erste Ansätze von Frauenstreiks, zu denen auch linke Basisgewerkschaften aufriefen, während sich die großen Dachverbände CISL und UIL gegen die Bewegung

stellten und den Frauenstreik sogar als „gegen die Frauen gerichtet“ denunzierten.

Besonders groß war die Bewegung auch 2019 in Lateinamerika. In Chile gingen allein in der Hauptstadt Santiago de Chile 200.000 auf die Straße. In Argentinien prägten ebenfalls Massendemonstrationen das Bild, die radikaleren Gewerkschaften riefen zu Streiks auf. In Brasilien demonstrierten Hunderttausende, auch wenn dort der Fokus der aktuellen Mobilisierung stärker auf den Streik- und Aktionstag gegen die sog. Rentenreform Ende März gelegt wurde.

In der Türkei setzten sich tausende Frauen gegen die Angriffe der PolizeischergInnen Erdogans auf die Demonstration in Istanbul zur Wehr. Landesweit gingen Zehntausende trotz massiver Repression auf die Straße.

Deutschland

Auch in Deutschland scheint der Frauenstreik angekommen zu sein. Bundesweit gingen rund 70.000 auf die Straße, in Berlin 20.000 bis 25.000, in Hamburg 10.000, in Leipzig 4.000, in Köln 3.000, München, Freiburg und Kiel je 2.000, in Kassel und Stuttgart je 1.000. Dies sind deutlich mehr

als in den letzten Jahren, auch wenn von einem massenhaft befolgten politischen Streik (noch) nicht die Rede sein konnte. Immerhin stellten Beschäftigte bei Amazon in Bad Hersfeld ihre tariflichen Auseinandersetzungen in den Kontext des Frauenstreiks, organisierten eine Betriebsversammlung – und zeigten damit auch einen Weg, wie Arbeitsniederlegungen am 8. März zu einer Realität werden können.

Die Zahlen der Demonstrationen sind jedenfalls ermutigend – und machen Lust auf mehr.

Dabei stellen sie nur einen kleinen Auszug der Aktionen von den Frauen dar, die am 8. März überall auf der Welt demonstriert haben. Insgesamt können wir beobachten, wie immer mehr und mehr Frauen auf die Straße gehen und für ihre Rechte demonstrieren. So gab es im Jahr 2018 in rund 177 Ländern Proteste, für 2019 liegen uns noch keine endgültigen Zahlen vor. Wenn wir die Gesamtsituation betrachten, dürfen wir freilich den Blick nicht nur auf den 8. März legen. Ausgehend von Bewegungen wie Ni Una Menos in Argentinien und dem Women's March against Trump in den USA entstanden in Ländern wie Indien oder Brasilien Massenbewegungen gegen Angriffe auf die Rechte der Frauen, sexuelle und patriarchale Gewalt (bis hin zum massenhaften Femizid). Zusammen mit dem Frauen*streik bilden sie seit einigen Jahren den

sichtbaren Ansatz
einer neuen, internationalen Frauenbewegung.

Warum?

Der Rechtsruck ist schließlich auch eine Ursache der immer stärkeren Angriffe auf Frauenrechte. Interessanterweise bleiben diese jedoch nicht unbeantwortet: Seit mehreren Jahren können wir erleben, wie Frauen sich zahlenmäßig stark gegen Einschränkungen des Selbstbestimmungsrechts über ihren eigenen Körper, Gewalt oder die sich verschlechternde ökonomische Situation wehren. Ob die Schwarzen Proteste in Polen, Ni Una Menos in Argentinien, Proteste gegen Vergewaltigung in Indien: alles sind Widerstandsmaßnahmen der letzten Jahre, die im Bewusstsein von Millionen Frauen präsent sind und teilweise Erfolge errungen haben.

Besonders herauszustreichen ist hier auch der Women's March in den USA. Zum Amtsantritt Trumps initiiert, demonstrierten dort rund 3 Millionen Frauen. Dabei blieb es aber nicht: In anderen Großstädten auf der Welt solidarisierten sich Frauen und gingen unter dem gleichen Namen für Frauenrechte auf die Straße. Neben One Billion Rising stellt diese eine der größten Aktionen dar, die zeigten, dass sich unter einem gleichen Slogan Proteste

länderübergreifend koordinieren
lassen und somit eine wichtige Grundlage für Vernetzungen und
eine
internationalistische Ausrichtung der lokalen Aktionen gelegt
werden kann.

Wir als Organisation glauben, dass diese Proteste zwei
größere Ursachen haben.

Auf der einen Seite gibt es Angriffe auf bereits bestehende,
erkämpfte Rechte: Sparmaßnahmen wie Streichungen der
Kitaplätze; Teuerung von
Pflegeangeboten; Versuche, Abtreibungsrechte einzuschränken
seitens der
Regierung und der Rechten. Das heißt, ein Teil der Kämpfe ist
defensiv.

Auf der anderen Seite gibt es auch immer mehr wachsende
Proteste, vor allem in Asien. Dies hat mit einem generellen
Wachstum der
ArbeiterInnenklasse auf diesem Kontinent zu tun. Frauen werden
dort mehr und
mehr in die Produktion einbezogen. Damit wächst auch
gleichzeitig ihre
Doppelbelastung durch Lohn- und Reproduktionsarbeit (also
Haushalt, Erziehung,
Pflegearbeit). Gleichzeitig ermöglicht ihnen das mehr Zugang
zu Bildung und
eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit, sodass ihre Lage
nicht nur durch
doppelten Druck und die Last erz-reaktionärer Unterdrückung
geprägt ist,
sondern auch Möglichkeiten schafft, vermehrt und aktiver für
ihre Rechte zu

kämpfen.

Das alles führt uns zu den Fragen: Wie können wir dieses Potenzial nutzen und den Kampf gegen Ungleichheit und Unterdrückung erfolgreich führen?

Es bedarf dazu einer internationalen Bewegung – einer, die die unterschiedlichen Probleme, die Frauen weltweit betreffen, zusammenfasst und eine gemeinsame Perspektive aufwirft. Ob nun von der Muslima, die das Recht hat, ihren Glauben so zu praktizieren, wie sie es möchte, über schwarze Frauen, die nicht länger der massiven Polizeigewalt und rassistischen Angriffen ausgesetzt sein wollen, bis hin zur pakistanischen Arbeiterin, die nicht länger für einen Hungerlohn arbeiten will, ob für geflüchtete Frauen oder die Pflegerin hier in Deutschland: Es ist unsere Aufgabe, für die unterschiedlichen Situationen die Gemeinsamkeiten in der sexistischen Unterdrückung deutlich zu machen und eine internationale Perspektive zu formulieren. Wenn wir diese aktuellen Kämpfe betrachten, dann lassen sich 5 konkrete Forderungsblöcke daraus ableiten:

1. Volle rechtliche Gleichstellung und Einbeziehung in den Produktionsprozess!

2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

3. Für die Selbstbestimmung über den eigenen Körper!

4. Recht auf körperliche Unversehrtheit!

5. Vergesellschaftung der Hausarbeit!

Das sind alles Forderungen, die sich auf viele grundlegende Problematiken beziehen, mit denen wir Frauen – und damit meinen wir in erster

Linie die Masse der Frauen aus der ArbeiterInnenklasse, der Bauern-/Bäuerinnenschaft und den nicht ausbeutenden Schichten der städtischen

Mittelschichten – zu kämpfen haben. Und um diese mit Leben zu füllen, müssen

wir die Proteste, die es gibt, miteinander koordinieren. Es bedarf zweierlei:

einmal einer Möglichkeit, wo sich die unterschiedlichsten Aktivistinnen

austauschen können, denn es gibt bereits Kämpfe, die vernetzt und verbunden

werden müssen. Aktionskonferenzen in Anlehnung an die Sozialforen könnten da

eine Möglichkeit sein.

Der zweite Punkt ist die Basisorganisation der Bewegungen vor Ort. Wir müssen uns dort, wo wir uns tagtäglich bewegen, organisieren,

demokratische Strukturen geben – z. B. Vollversammlungen, um zu Aktionen zu

mobilisieren und die Probleme international mit denen vor Ort

zu verbinden, um
nicht nur diejenigen zu erreichen, die sich bereits dafür
interessieren. Damit
das passiert, ist es ebenfalls wichtig, Druck auf bereits
bestehende
Organisationen wie beispielsweise Gewerkschaften auszuüben und
dort aktiv
einzugreifen. Der Frauenstreik in Spanien ist vor allem
deshalb so groß, weil
sich Gewerkschaftsgliederungen bewusst daran beteiligen und
dafür auch
mobilisieren. Denn nur wenn wir eine Bewegung sind, die ihre
Basis auf der
Straße hat und nicht nach einem Tag verschwunden ist, können
wir unsere
Forderungen durchsetzen!

Die Bewegung, die am 8. März weltweit sichtbar wurde, birgt
das Potential, zu einer neuen proletarischen Frauenbewegung zu
werden, einer,
die die Befreiung der Frauen und LGBTIA-Menschen als Teil des
Klassenkampfes
betrachtet und mit einer revolutionären Perspektive verbindet.
So kann sie
zugleich auch zu einer Vorkämpferin für eine neue,
revolutionäre Internationale
werden.

Editorial

Redaktion, Fight, Revolutionärer Frauenzeitung Nr. 7, März 2019

Dies ist bereits die siebte Ausgabe unserer Frauenzeitung, die wir seit 2013 jeweils zum Internationalen Frauentag herausbringen. Wir freuen uns, dass es zum wiederholten Male eine gemeinsame Ausgabe der Jugendorganisation REVOLUTION und der Gruppe ArbeiterInnenmacht zusammen mit unseren österreichischen Schwestersektionen geworden ist.

Der Schwerpunkt liegt diesmal auf dem Thema Internationalismus. Fünf Artikel befassen sich mit der Lage der Frauen in Brasilien, Lateinamerika, Sri Lanka und Österreich nach einem Jahr schwarz-blauer Regierung sowie dem Stand des dortigen Frauenvolksbegehrens. Mit einer brasilianischen Genossin führten wir ein Interview über die Auswirkungen der Wahl Bolsonaros zum Präsidenten insbesondere für Frauen und die LGBT+-Community. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Frauenstreik 2019. Drei Artikel behandeln die Fragen: Wie kann er erfolgreich geführt werden? Sollen Männer mitstreiken? Ist „Lohn für Hausarbeit“ eine richtige Forderung? Weitere Artikel beschäftigen sich mit Beispielen von internationalem Frauenwiderstand gegen

Abtreibungsgesetze, mit der Unterrepräsentanz von Frauen in der LGBT+-Szene und den Themen Intersektionalität und Marxismus sowie Rap und Sexismus.

„Frauen und Krise“ untersucht die Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise 2008/2009 auf die Arbeitsmarktlage für Frauen und die geschlechtliche Arbeitsteilung ebenso wie auf errungene Gleichstellungsgesetze.

Last but not least leitet der Artikel „Welchen Antisexismus brauchen wir?“ das Schwerpunktthema für unsere Veranstaltungsreihe zum 8. März 2019, dem Internationalen Frauentag, ein. Bitte kommt zahlreich und besucht unsere Veranstaltungen, diskutiert mit uns eine Vielzahl fesselnder Themen!

Die verschieden gegenderten Schreibweisen (z. B. Arbeiter_Innen neben ArbeiterInnen und Arbeiter*innen; LGBT+, LGBTIA) in dieser Ausgabe ergeben sich aus den geringfügig verschiedenen Genderschreibweisen der herausgebenden Gruppen.

Heraus zum Internationalen

Frauentag!

Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1045, 7. März

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, werden Millionen von Frauen weltweit auf Demonstrationen und Massenveranstaltungen versammeln.

In einer Reihe von Ländern werden sie, wie in den letzten Jahren, den Aufruf zu

einem weltweiten Frauenstreik folgen. In Spanien nahmen noch nie dagewesene

sechs Millionen Menschen den Appell von Frauenorganisationen und FeministInnen

auf, dem sich auch BasisgewerkschafterInnen anschlossen, die erfolgreich

Streiks initiierten und die GewerkschaftsfunktionärInnen soweit unter Druck

setzen konnten, dass diesen keine andere Wahl blieb, als den Streik

stillschweigend zu unterstützen.

Ein zentrales Anliegen der OrganisatorInnen ist es, nicht nur die Arbeit von Frauen in den Fabriken, auf dem Land, in Krankenhäusern,

Schulen, Geschäften und Büros sichtbar zu machen, sondern auch die unbezahlten

Arbeiten, die Frauen jeden Tag zu Hause ableisten.

Indem sich der globale Frauenstreik auf arbeitende Frauen konzentriert, wie es die InitiatorInnen des 8. März vor mehr als einem

Jahrhundert taten, markiert er einen wichtigen Schritt voran.

Alle

SozialistInnen, KommunistInnen, ja alle Organisationen der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten und insbesondere die Massenmitgliedschaft der Gewerkschaften sollten den Aufruf unterstützen, damit ein riesiger globaler Streik zur Realität wird.

Es liegt auf der Hand, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben, aber jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt und in den letzten zehn Jahren wurden einige wichtige Schritte unternommen.

In Lateinamerika haben wir Massenbewegungen gegen Femizide und Gewalt gegen Frauen wie „Ni una menos“ („Keine Frau weniger!“) in Argentinien oder „Ele Não“ („Nicht er!“) in Brasilien erlebt. In den Vereinigten Staaten vereinigten sich Millionen von Frauen in den Märschen gegen Trump und seine sexistische Agenda.

Auch in vielen asiatischen Ländern ist die ArbeiterInnenklasse nicht nur um Millionen Frauen angewachsen. Sie haben auch Massenkämpfe initiiert. In Indien demonstrierten Millionen Menschen gegen Sexismus, Gewalt, sexuellen Missbrauch, Belästigung und reaktionäre religiöse Verbote, welche sich gegen Frauen richten. Auch bei dem 150 Millionen starken zweitägigen Generalstreik im Januar dieses Jahres spielten Arbeiterinnen eine

wichtige Rolle.

In Ländern wie der Türkei haben sie trotz Verboten und polizeilicher Repressionen in großer Zahl demonstriert und werden dies auch weiterhin tun. Selbst in Saudi-Arabien haben wir mutige Frauenproteste erlebt.

In Europa gingen in Polen, Irland und Spanien riesige Bewegungen zur Verteidigung des Abtreibungsrechts auf die Straße – im Zusammenstoß mit der Agenda der Kirchen und RechtspopulistInnen. Kurz gesagt, wir haben den Aufstieg einer neuen globalen Frauenbewegung erlebt.

Angriffe von rechts

Diese neue Bewegung ist zu einem großen Teil das Ergebnis der Veränderungen im globalen Kapitalismus, insbesondere seit der großen Rezession, die die Lebensbedingungen der Masse der Frauen umgekrempelt haben. Millionen in den Halbkolonien wurden zu Lohnarbeiterinnen, aber für die meisten bedeutet das, dass sie jetzt die doppelte Last von Ausbeutung und Belästigung am Arbeitsplatz und zuhause zu tragen haben.

Frauen verdienen immer noch weniger als Männer, oft weniger als die Hälfte des Lohns von männlichen „Arbeitnehmern“ im

gleichen

Wirtschaftszweig. Sie werden häufiger zu Niedriglohnarbeit gezwungen, in kurzfristige und äußerst prekäre Verträge gedrängt.

Darüber hinaus hat der Neoliberalismus viele der sozialen Errungenschaften der Frauen- und ArbeiterInnenbewegungen untergraben oder gar zerstört. Die Angriffe auf Sozialleistungen, die Privatisierung und Kommerzialisierung von Sozialdiensten wie Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung, Altenpflege bis hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln betreffen Frauen überproportional. Diese Entwicklungen verstärken noch zusätzlich ihre Doppelbelastung durch unbezahlte Hausarbeit und schlecht bezahlte Arbeit in den Fabriken, Sweatshops oder auf den Feldern.

Migrantinnen, Flüchtlinge und LGBTIA-Personen sind besonders stark betroffen, da ihnen oft sogar die grundlegenden demokratischen Rechte der BürgerInnen der Länder, in denen sie Arbeit und Zuflucht suchen, verweigert werden. Nachdem sie vor Kriegen, Invasionen, Gewalt und Überausbeutung aus ihrer Heimat geflohen sind, werden sie nun in den Ländern, in denen sie Zuflucht suchen, mit Rassismus, Missbrauch und Überausbeutung konfrontiert.

Nach den blutigen Konterrevolutionen, die den Arabischen Frühling besiegten, geht der Aufstieg der extremen Rechten,

des

Rechtspopulismus, des religiösen Fundamentalismus aller Art und sogar des Faschismus weltweit immer einher mit einem Ansturm auf die Frauenrechte.

Diese Angriffe treffen die ArbeiterInnenklasse und die Bauern/Bäuerinnen besonders hart, bedrohen aber auch die Errungenschaften der Frauen der Mittelschicht oder in akademischen Berufen- und diese reaktionären Kräfte werden nicht aufhören, wenn sie nicht bekämpft und besiegt werden. Die Trumps und Bolsonaros, die Kaczyńskis und Erdogans, die Modis und bin Salmans dieser Welt werden nicht ohne einen entschlossenen und mutigen Kampf der Massen verschwinden.

Die religiösen ReaktionärInnen – seien es christliche Evangelikale, Katholiken, Islamisten, Hinduisten oder buddhistische Fundamentalisten – sind eng mit dem Aufstieg der Rechten, den Angriffen auf demokratische Rechte und dem Übergang zum Autoritarismus oder gar zu offenen Diktaturen verbunden. Frauen in eine untergeordnete Rolle zu zwingen, eine geschlechtsspezifische soziale Arbeitsteilung zu stärken, reaktionäre Angriffe auf „Genderismus“ und Feminismus, all das geht Hand in Hand mit einem Anstieg des männlichen Chauvinismus und einer Verharmlosung von Sexismus und Machismus aller Art.

Internationale Antwort

Dieser globale Ansturm erfordert eine globale Antwort. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen und für die Rechte der LGBTIA-Menschen ist ein wichtiger Teil des globalen Kampfes gegen neoliberale Angriffe, kapitalistische Ausbeutung, den zunehmenden Rassismus, Umweltzerstörung und die Bedrohung durch Krieg und Besatzung. In der nächsten Runde der kapitalistischen Krise werden diese Millionen von Menschen noch mit größerer Wucht treffen. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den großen imperialistischen Mächten und den Mächtegebern-Regionalmächten, der den Aufstieg von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus vorantreibt, verweist auf die Notwendigkeit, den Kampf für die Frauenbefreiung zu koordinieren, der selbst ein unverzichtbarer Teil des Klassenkampfes ist.

Der Internationale Frauentag und der globale Frauenstreik können und müssen ein Sammelpunkt sein sowohl für den Aufbau einer wirklich internationalen und internationalistischen Frauenbewegung als auch für die Wiederbelebung der globalen ArbeiterInnenbewegung.

Dazu müssen wir fordern, dass die Führungen der ArbeiterInnenorganisationen, der Gewerkschaften und Parteien sowie die

Organisationen der Frauenbewegung die stattfindenden Aktionen, Streiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen am 8. März unterstützen.

Zu lange wurde der Internationale Frauentag als „Feier“ des „Wie weit sind wir doch gekommen“ durchgeführt mit der impliziten Selbstzufriedenheit der Minderheit von Oberschichtfrauen mit ihren individuellen „Errungenschaften“. Tatsächlich muss es ein Tag des Massenkampfes sein, eine wütende Demonstration dafür, wie weit wir noch gehen müssen, um die Gleichstellung zu erreichen. Es muss eine Warnung an die HerrscherInnen der Welt sein. Wie sie im südafrikanischen Kampf gegen die Apartheid sagten: „Wenn du eine Frau schlägst, schlägst du gegen einen Fels!“

Innerhalb der Bewegung müssen wir die Notwendigkeit betonen, über eintägige oder national ausgerichtete Aktionen hinauszugehen, die oft als Reaktion auf extrem reaktionäre Angriffe erfolgen. Die Frauenbewegung, die AnhängerInnen des globalen Frauenstreiks, sollten die Initiative ergreifen, um nationale, regionale und globale Aktionskonferenzen sowie Delegiertentreffen zur Koordinierung der Kämpfe einzuberufen. Diese Initiative würde sich natürlich auf den Wiederaufbau einer globalen Frauenbewegung konzentrieren, aber sie sollte auch alle anderen Schlüsselfragen des internationalen

Klassenkampfes ansprechen: Ausbeutung, Rassismus, Autoritarismus, Umweltzerstörung, imperialistische Plünderung und Krieg.

Dabei sollte sie dem historischen Beispiel der sozialistischen Frauenbewegung vor und während des Ersten Weltkriegs folgen und als eine der dynamischsten und fortschrittlichsten Kräfte auftreten, um eine Opposition gegen Imperialismus und Kapitalismus um sich zu sammeln und so die Schaffung einer neuen revolutionären Internationale zu fördern.

Eine solche Perspektive wird eindeutig eine politische Klärung und einen Kampf innerhalb der Bewegung erfordern. Die liberalen bürgerlichen Kräfte wie die US-Demokratinnen und bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Feministinnen, aber auch die reformistischen Parteien und Gewerkschaftsführungen haben die Frauenbewegung im Stich gelassen. Entweder wollen sie Frieden mit einem „reformierten“ oder liberaleren Kapitalismus schließen oder lehnen eine Strategie ab, die die Zusammenführung der Massen der ArbeiterInnenklasse und die Schaffung einer Frauenbewegung der ArbeiterInnen in den Mittelpunkt stellt. Entweder weigern sie sich, die Tatsache anzusprechen, dass die Unterdrückung der Frauen selbst mit dem kapitalistischen System verbunden ist oder befürworten nicht die notwendigen Mittel, um es zu stürzen. Wie alle

anderen Formen der sozialen Unterdrückung kann die von Frauen nicht überwunden werden, ohne die kapitalistische Ausbeutung selbst zu bekämpfen.

- Hinaus zum Internationalen Frauentag!
- Für eine neue, globale proletarische Frauenbewegung!
- Verbindet den Kampf für die Befreiung der Frauen und LGBTIA-Menschen mit dem gegen den Kapitalismus!

Lage der Frauen seit der großen Wirtschaftskrise

Katharina Wagner, ArbeiterInnenmacht, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 7, März 2019

Erwerbstätigkeit

1. Die Weltwirtschaftskrise hat den Bereich von Leih- und Zeitarbeit ausgebaut sowie den Beschäftigungsanteil im prekären Sektor. Dies diente dazu, die Kosten, die durch die Finanzkrise entstanden sind, auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen. Frauen sind davon besonders betroffen. Im Folgenden betrachten wir die Beschäftigungsverhältnisse im globalen Vergleich,

um die Stellung von Frauen im Produktionsprozess zu belegen. Diese Betrachtung ist notwendig, um auf etwaige Unterschiede, die die ArbeiterInnenklasse als gesamte spalten, aufmerksam zu machen.

Glaukt man der International Labour Organisation (ILO), so hat sich die weltweite Lage von Frauen in den letzten Jahren leicht verbessert. Noch nie waren so viele weltweit erwerbstätig. Auch die Bildungschancen für Frauen und Mädchen sind gestiegen. Vergleicht man die derzeitige weltweite Erwerbsquote von Frauen von ca. 48,5 % mit dem Anteil von männlichen Lohnabhängigen – dieser betrug 2018 etwa 75 % –, so bleibt weiterhin eine deutliche Differenz bestehen. Dieser Unterschied fällt in Industrieländern wie etwa Deutschland noch relativ gering aus, ist aber in sog. Schwellenländern (entwickelten Halbkolonien wie z. B. Brasilien, Indien) ausgeprägt. In Entwicklungsländern hingegen ist die Differenz in der Erwerbstätigkeitsquote zwischen Männern und Frauen am geringsten. In diesem Fall ist dies aber eher als Indikator für fehlende soziale Absicherung und Armut zu interpretieren – vergleichbar der Situation im Frühkapitalismus in westlichen Ländern. Das heißt konkret, dass der Lohn des Mannes allein nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren, und alle, also Frauen und teilweise auch Kinder, gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen wie beispielsweise in Pakistan.

Ein generelles Problem, welches weiterhin besteht, ist die größere Bedrohung durch Arbeitslosigkeit für Frauen. Die globale Arbeitslosenquote für Frauen beträgt laut ILO derzeit etwa 6 % und liegt damit um 0,8 % höher als bei Männern. Allerdings liegen die Arbeitslosenquoten für beide Geschlechter in Entwicklungsländern deutlich unter denen der Industriestaaten. Die Prognosen für sog. Schwellenländer wie etwa die arabischen Staaten oder auch Nordafrika gehen von einer zukünftigen Verschlechterung im Bereich der Frauenerwerbstätigkeit in den nächsten Jahren aus [1].

Ein Blick auf die Quoten der Erwerbstätigkeit reicht aber nicht aus. Vielmehr müssen wir uns genauer die jeweiligen Beschäftigungsverhältnisse ansehen, mit denen Frauen konfrontiert sind.

Seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 hat sich der Anteil der Zeitarbeit in Deutschland von 13,7 % im Jahre 2009 wieder auf das Niveau von vor der Krise (14,5 %) eingependelt. In einigen anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Griechenland ist er dagegen exponentiell angestiegen. Demgegenüber ist der Bereich der Teilzeitbeschäftigung faktisch überall in Europa um 3–5 % angewachsen. In Deutschland beträgt er im Moment rund 29 %. Sind von Zeitarbeit eher die männlichen Lohnabhängigen betroffen, konzentriert sich die Teilzeitarbeit vor allem in

Bereichen mit hohem Frauenanteil wie etwa dem Dienstleistungs- oder Pflegesektor.

Zusätzlich sind Frauen weltweit deutlich häufiger unter prekären Bedingungen beschäftigt als Männer. Besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern sind sie mit 46 % bzw. 76 % besonders hoch.

Zusätzlich findet die prekäre Beschäftigung, vor allem in Entwicklungsländern, im informellen Sektor statt. Diese beinhaltet das komplette Fehlen von Sozialleistungen oder genereller Absicherung bei Krankheit oder Schwangerschaft [1].

Als wäre das nicht schon mehr als genug, findet man auch doppelt so häufig Frauen wie Männer in der Rolle von HilfsarbeiterInnen im eigenen Familienbetrieb, hier meist ohne schriftliche Verträge und teilweise sogar komplett unentgeltlich. Zwar ist der Anteil der Frauen, die als mithelfende Familienangehörige im Eigenbetrieb arbeiten, in Schwellenländern in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zurückgegangen. In Entwicklungsländern jedoch macht er noch immer 42 % der Gesamtbeschäftigung von Frauen aus. Im Vergleich dazu beträgt er bei Männern lediglich rund 20 % [2].

2. Migrantische Frauen verdienen in der Regel schlechter. (Anmerkung: Das gilt in der Regel nicht für weiße Frauen aus imperialistischen Ländern aufgrund der Stellung dieser Länder

auf dem Weltmarkt.) Sie haben darüber hinaus mit zusätzlichen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen. Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt Deutschland einen der vorderen Plätze, wenn es um die Integration von MigrantInnen geht. So hat sich beispielsweise die Beschäftigung von im Ausland geborenen Lohnabhängigen zwischen 2006 und 2017 um 7,9 % erhöht und beträgt demnach nun ca. 67 %. Auch die Erwerbslosigkeit von MigrantInnen hat sich in den letzten 10 Jahren auf 6,9 % halbiert [3]. Dennoch liegt sie deutlich über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,2 % im Jahre 2018 [4]. Auch die Gefahr, in Armut zu leben, ist für MigrantInnen deutlich höher als für „Einheimische“. Derzeit leben rund 21,7 % von ihnen unter der Armutsgrenze, bei den „Einheimischen“ dagegen nur ca. 16,7 %. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen ist die Quote von lohnabhängigen MigrantInnen ohne Berufsabschluss mit 35 % mehr als dreimal so hoch, zum anderen sind rund 40 % für ihren ausgeübten Beruf überqualifiziert und damit deutlich schlechter gestellt als die übrigen Lohnabhängigen. Unter ihnen trifft dies nur bei 20 % zu. Dieser Umstand liegt vor allem an im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und der mangelnden Anerkennung durch deutsche Behörden. Vor allem Frauen sind davon massiv betroffen, denn bei ihnen ist der „Beschäftigungsabstand“ zur hier geborenen Bevölkerung weit höher als im Durchschnitt aller ZuwanderInnen. Vergleicht man ihre Situation mit in Deutschland geborenen Frauen, wird deutlich, dass sie stärker in Teilzeit und in Bereichen außerhalb ihrer beruflichen Qualifikation angestellt sind [3].

Rolle der Gewerkschaften

3. Weltweit lässt sich feststellen dass es eine Zunahme an Lohnabhängigen gib, sowohl in absoluten Zahlen, als auch im

Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Gerade im asiatischen Raum ist der Anteil der ArbeiterInnen aufgrund der industriellen Entwicklung rasant gewachsen. (Verglichen mit den 1970er und sogar 1980er Jahren kann man z. B. in Pakistan einen deutlichen Rückgang des Organisationsgrads feststellen. Zwar ist die Zahl der insgesamt gewerkschaftlich Organisierten in einigen Sektoren gestiegen, diese muss jedoch in Relation zu einer bedeutend größeren GesamtarbeiterInnenklasse als in den 1960er und 1970er Jahren gesetzt werden. 2007 waren 1,3 Millionen organisiert, nur rund 2 % aller Lohnabhängigen. In bedeutenden Zweigen hingegen ist der Organisationsgrad aufgrund von Privatisierung und Verkleinerung der Belegschaften in solchen Firmen zurückgegangen.) Das heißt, dass die ArbeiterInnenklasse global wächst, aber ihr Organisationsgrad niedrig ist.

So ist auch in Europa der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten generell von rund 40 % in den 1990er Jahren auf ca. 20 % gesunken. In Schweden betrug er 2014 nur noch rund 70 % (Ausgangspunkt 80 % in den 80er Jahren). In Großbritannien ging der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder seit den 80er Jahren auf unter 20 % zurück. Auch Österreich hat einen starken Mitgliederschwund auf knapp 30 % zu verzeichnen. Einzig allein Italien konnte diesen Anteil nahezu konstant bei 40 % halten [5].

Diese Zahlen beziehen sich allerdings auf die gesamte Mitgliedschaft, sagen daher wenig über die Lage der Frauen in den Gewerkschaften aus. Tatsächlich ist ihr Anteil seit 2005 zwar nur leicht, dafür aber kontinuierlich gestiegen. Er beträgt aber leider mit 33,7 % (Stand 2017) weiterhin nur rund 1/3 aller Mitglieder. Den höchsten Frauenanteil von

fast 72 % finden wir bei der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft). Bei ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) ist über die Hälfte der Mitglieder weiblich (52 %) und bei der NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten) beträgt er immerhin noch 42 %. Demgegenüber gibt es deutlich geringere Frauenanteile in den anderen Gewerkschaften. Den geringsten finden wir bei der IG Metall mit 18 % [6]. Die oben erwähnten Zahlen beziehen sich aber allein auf die Mitgliedschaft. Betrachtet man dagegen die oberen Hierarchieebenen innerhalb der Gewerkschaften, sind dort immer noch sehr wenig Frauen anzutreffen. Sie sind hier zumeist in Dienstleistungs-, Sekretariats- sowie in politischen ReferentInnentätigkeiten beschäftigt. Sollten sie doch einmal in die entscheidenden Organisationsebenen vordringen, dann eher als Repräsentantinnen für Frauen und Jugendliche oder im Bereich Soziales. Bereiche wie beispielsweise Wirtschafts- oder Tarifpolitik ebenso wie die Betriebsratsarbeit oder die Ortsverwaltungsstellen werden nach wie vor meist von Männern dominiert [7]. Was sagen uns diese Fakten? Sie sind ein Zeichen dafür, dass Frauen in Gewerkschaften immer noch stark unterrepräsentiert sind und dementsprechend ihre Interessen zu wenig berücksichtigt werden. Die Gewerkschaften unternehmen leider immer noch viel zu wenig, um diesen Umstand zu verändern. Nach wie vor verweigern sich Gewerkschaften auch der Aufnahme von Flüchtlingen, worunter

auch viele Frauen
fallen.

Existierende Lohndiskriminierung

4. Ein weiterer wichtiger Faktor in Bezug auf Frauenunterdrückung ist die weltweit existierende geschlechtsspezifische Lohnlücke und zwar unabhängig vom Entwicklungsstand eines jeweiligen Landes. In Deutschland beträgt diese im Moment rund 21 %. Als Gründe werden häufig zum einen der hohe Beschäftigungsanteil im Niedriglohnsektor, zum anderen aber auch fehlende Tarifverhandlungen und Mindestlöhne genannt. Und Mutterschaft ist nicht nur ein Nachteil in der Karriereplanung, sondern häufig auch ein Argument von Arbeit„geber“Innen für geringere Bezahlung. Als direkte Folge daraus herrschen eine mangelnde Absicherung und die größere Gefahr von Altersarmut für Frauen [8].

Für die Durchsetzung des Zieles „gleiches Entgelt für Männer und Frauen“ trat am 6. Juli 2017 das Entgelttransparenzgesetz in Kraft. Darin ist verankert, dass Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 MitarbeiterInnen alle 2 Jahre einen individuellen Auskunftsanspruch zu den geltenden Entgeltstrukturen des jeweiligen Betriebes geltend machen können, erstmals seit 6. Januar 2018. Allerdings muss der Anspruch in Textform erfolgen und gilt nur für Beschäftigte des jeweils anderen Geschlechts, welche eine gleiche/gleichwertige Tätigkeit im Betrieb ausüben. Damit soll insgesamt die Durchsetzung eines Anspruchs auf gleichen Lohn unabhängig vom

Geschlecht
erleichtert werden [9].

Die Kritik am Gesetz kam prompt. So wurde es beispielsweise von der Direktorin des Instituts für Arbeit und Qualifikation an der Uni Duisburg-Essen, Ute Klammer, als ein „zahnloser Tiger“ bezeichnet. Auch befürchteten viele, es verkomme zu einem Bürokratiemonster. Tatsächlich stellt sich aber die Frage, was mit der gewonnenen Transparenz erreicht werden kann. Traut sich „Frau“, gegen einen geringeren Lohn zu protestieren und damit womöglich ihren Job zu riskieren? In einem Interview der Tageszeitung „Neues Deutschland“ bezeichnete die Finanzexpertin Henrike von Platen die Unternehmenskultur als traditionell männlich geprägt. Eine Entgelttransparenz sei von vielen Unternehmensleitungen schlicht nicht gewollt und werde darum nicht gefördert. In der Tat nahmen bisher recht wenige Beschäftigte dieses Recht in Anspruch. Vor allem Frauen scheuen demnach oft aus Angst vor Nachteilen davor zurück [8].

Weitere Beispiele für Frauenunterdrückung

5. Der internationale Rechtsruck weltweit bringt einen gesellschaftlichen Rollback mit sich, der die Rechte von Frauen und LGBTIAs angreift. Dieser Rechtsruck ist ebenfalls

Resultat der Wirtschaftskrise 2008/2009. Sie hat den Konkurrenzdruck zwischen den imperialistischen Staaten sowie die Konzentration und Zentralisation des Kapitals verschärft. Anders gesagt: Kriegerische Auseinandersetzungen wie in Syrien oder der Ukraine nehmen zu ebenso wie größere Fusionen von Monopolkonzernen. Das hat zur Folge, dass ein Teil der herrschenden Klasse im Wettbewerb untergeht oder zumindest Abstiegsängste hat. Dieser Teil, der sich nicht mehr im internationalen Wettbewerb messen kann, fängt an, eine nationalprotektionistische Politik zu fahren mit dem Interesse, dass der bürgerliche Staat seine Stellung verteidigt. Er will also das Rad der Zeit zurückdrehen und internationalen Produktionsketten nationale Abschottung entgegensetzen. Um dies ideologisch zu rechtfertigen, greift er zur rassistischen, populistischen Hetze. Gleichzeitig ist die nationalprotektionistische Politik auch Ursache für den Rollback, denn die Fokussierung auf den Nationalstaat bedeutet gleichzeitig, dass das Ideal der bürgerlichen Familie stärker wiederbelebt werden muss. Diese dient allgemein im Kapitalismus für die ArbeiterInnenklasse als Ort ihrer Reproduktion, der größtenteils von Frauen getragen wird. Da die Rechten den Sozialstaat abbauen, muss diese gestärkt werden und mit ihr die geschlechtliche/n Arbeitsteilung und Stereotype. Das hat weitreichende Folgen: Mit dem Erstarren der Rechten steigt auch die Gewalt an Frauen, die Zahl der Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Das liegt daran, dass die Abstiegsängste nicht nur die KapitalistInnen, sondern auch Teile der ArbeiterInnenklasse treffen. Wie oben schon erwähnt, werden, um Unternehmen Kosten der Krise zu ersparen, auch die Arbeitsbedingungen schlechter sowie die Erwerbslosigkeitszahl größer. Das verschärft die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die Rechten dann mit ihrer Hetze erfolgreich sind, werden ihre reaktionären Vorstellungen populärer, die zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse führen und Frauen oder auch MigrantInnen im Produktionsprozess abwerten. Dabei sehen die Zahlen schon jetzt nicht gut aus:

Nach wie vor ist Gewalt gegen Frauen an der Tagesordnung, sei es im häuslichen, beruflichen oder privaten Umfeld. Laut einer repräsentativen Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ aus dem Jahre 2004 haben 40 % der Frauen in Deutschland seit ihrem 16. Lebensjahr bereits körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. Unterschiedliche Formen der sexuellen Belästigung erlebten sogar 58 % der befragten Frauen. Psychische Gewalt in Form von Einschüchterung, Drohungen, Demütigungen oder gar Psychoterror erlitten 42 %. Die Gewalt gegen Frauen wird dabei überwiegend durch (Ex-)Partner der Frauen im häuslichen Umfeld ausgeübt. Vor allem Trennungs- und Scheidungssituationen sind demnach besonders riskant. Besonders gefährdet in Bezug auf Gewalterfahrungen sind laut der Studie Prostituierte, Frauen in Haft, geflüchtete Frauen sowie Migrantinnen, die deutlich häufiger Opfer von körperlicher/sexueller Gewalt werden [10].

Ein Blick auf die Welt offenbart, dass dies ein globales Problem ist. Die WHO hat 2005 eine Studie veröffentlicht, nach der 40–70 % der Morde an Frauen durch deren männliche Partner verübt wurden. Zusätzlich sind Frauen in einigen Regionen von sogenannten Ehren- oder auch Mitgiftmorden bedroht. Schätzungen der UNO gehen davon aus, dass jährlich

circa 5.000 Frauen
in 14 Ländern zu Opfern werden [11]. Eine weitere Gewaltform
gegen Frauen oder
in diesem Fall jungen Mädchen stellt die weibliche
Genitalverstümmelung dar.
Diese betrifft weltweit ca. 130 Mio. Mädchen/junge Frauen.
Schätzungen für das
Jahr 2017 gingen in Deutschland von rund 58.000 betroffenen
und 13.000
bedrohten Mädchen aus [12].

Ein weiterer Bereich der Frauenunterdrückung und der
Einschränkung des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung
stellt die
Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch dar. Dieses Recht
erfährt immer
stärkere Angriffe vor allem aufgrund des stärker werdenden
Rechtsrucks und des
Erstarkens rechtspopulistischer/nationalistischer Parteien wie
der AfD in
Deutschland oder der PiS (rechtskonservative Partei) in Polen.
In ihnen gibt es
eine starke Rückbesinnung auf die Rolle der Frau als
treusorgende Mutter und
Hausfrau, die auch lieber zugunsten der Reproduktionsarbeit
die
Erwerbstätigkeit aufgibt. Die logische Konsequenz dieser
Politik liegt in der
immer stärkeren Einschränkung von nationalen
Abtreibungsgesetzen und dem
erschwertem Zugang zu Abtreibungen. Nicht nur Spanien hat im
Jahre 2013 das
Abtreibungsgesetz verschärft. Auch in Polen laufen seit langem
Versuche, das
schon jetzt sehr strikte Abtreibungsgesetz nochmals zu
verschärfen und Frauen

damit die Möglichkeit zu nehmen, auf legalem Wege eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Bisher scheiterte dies aber an massenhaften Protesten. Aber auch in Deutschland hat die Debatte um Abtreibungsgesetze neuen Aufwind bekommen, nicht zuletzt durch den prominenten Fall der Gießener Ärztin Kristina Hänel und die Diskussion über den § 219a. Sie bemängelt vor allem den schwindenden Zugang zu Abtreibungskliniken oder entsprechenden ÄrztInnen, aber auch die fehlende Möglichkeit, Betroffene im Vorfeld ausführlich aufzuklären. Denn der obige Paragraph verbietet doch die „Werbung“ für Abtreibungen durch behandelnde ÄrztInnen.

Zum Schluss sei noch kurz auf die Doppelbelastung von Frauen eingegangen, die neben der Erwerbstätigkeit oft die komplette Hausarbeit und Kinderbetreuung übernehmen und sich häufig, quasi nebenbei, um kranke und pflegebedürftige Familienangehörige kümmern. Dies erschwert ihnen oftmals auch die politische und organisatorische Teilhabe. Ganz besonders Alleinerziehende kämpfen oft mit fehlenden und teilweise sehr teuren Betreuungsangeboten und unflexiblen Arbeitszeiten.

Kampf für Frauenbefreiung

6. Wir sehen also, dass Frauen weltweit in vielfältiger Weise

diskriminiert, benachteiligt und unterdrückt werden – und dass die kapitalistische Krise, die globale Konkurrenz und der Aufstieg rechter und rassistischer Kräfte dies weiter verschärfen. Aber wie dagegen vorgehen und eine Reproduktion der bestehenden Verhältnisse verhindern? Aus marxistischer Sicht ist die Frauenunterdrückung eng mit dem Patriarchat und dem Bestehen einer kapitalistischen Produktionsweise verknüpft. Genauer gesagt fördert die kapitalistische Entwicklung Frauenunterdrückung und Patriarchat. Daher kann eine vollständige Frauenbefreiung nur in einer sozialistischen Gesellschaft, also nach dem Sturz des Kapitalismus, erreicht werden. Die Frauenbefreiung muss daher mit dem Klassenkampf gebündelt werden. Ein erfolgreicher Kampf gegen den Kapitalismus kann aber nur mit der Gesamtheit der ArbeiterInnenklasse geführt werden, damit ein möglichst hoher ökonomischer und politischer Druck aufgebaut werden kann. Daher ist es wichtig, auch die Männer für den Kampf zur vollständigen Frauenbefreiung zu gewinnen.

Dabei ist es unerlässlich, den Frauen das Bewusstsein zu vermitteln, dass sie einer spezifischen Unterdrückung unterliegen und das Recht auf eigenständige Strukturen und Treffen in Organisationen, Parteien, aber auch Gewerkschaften haben. Zum einen ermöglicht dies ihnen, eigenständig ihre Interessen vorzubringen und entsprechende Forderungen zu stellen. Zum anderen wird dadurch eine Vereinnahmung durch andere Teile der ArbeiterInnenklasse

verhindert. Denn auch die fortschrittlichsten Teile der Lohnabhängigen und Gewerkschaftsmitglieder unterliegen doch dem Einfluss einer sexistischen, kapitalistischen Gesellschaft. Gesonderte Treffen ermöglichen es zusätzlich, offen über bestehende Diskriminierungen oder aktuelle Probleme zu sprechen und Lösungen gemeinsam zu erarbeiten. Frauen sollten neben eigenen Organisationsstrukturen auch eigene Propaganda und Agitation betreiben, mit dem Ziel weitere Mitstreiterinnen für einen gemeinsamen internationalen Kampf gegen den Kapitalismus und für die vollständige Frauenbefreiung zu gewinnen!

Wir als MarxistInnen treten daher für eine internationale multi-ethnische, proletarische Frauenbewegung ein mit dem Recht auf gesonderte Treffen in ArbeiterInnenorganisationen und Gewerkschaften.

Dieser Kampf muss sich auch auf ein Aktionsprogramm stützen, um die laufenden Angriffe abzuwehren und eine internationale Bewegung aufzubauen. An dieser Stelle können wir nur einige Aspekte skizzieren und zur Diskussion stellen:

- Gleiche Rechte für alle! Die formale rechtliche Gleichheit wurde zwar in vielen Ländern erkämpft, längst jedoch nicht in allen. Weltweit wird MigrantInnen und Flüchtlingen diese verwehrt, was Frauen und LGBTIA-Menschen besonders hart trifft. Wir fordern die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, die volle

rechtliche Gleichstellung der Frauen und LGBTIA-Menschen!

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Mindestlohn für alle Frauen, um ein Mindesteinkommen zu sichern, das die Reproduktionskosten deckt und ein Leben ohne Abhängigkeit vom (männlichen) Partner erlaubt. Die Höhe soll von der ArbeiterInnenbewegung festgelegt und automatisch der Erhöhung der Lebenshaltungskosten angepasst werden.
- Kostenloser Zugang zu Gesundheitsversorgung, Pflegeeinrichtungen, Krankenvorsorge und gesicherte Renten für alle Frauen! Wir fordern kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, öffentliche Kantinen und Wäschereien – um eine gesellschaftliche Gleichverteilung der Reproduktionsarbeiten auf alle Geschlechter sicherzustellen.
- Recht auf Scheidung auf Wunsch! Ausbau und Sicherstellung von Schutzräumen für Frauen (wie z. B. Frauenhäuser). Des Weiteren stellen wir die Forderungen nach Abschaffung aller Abtreibungsgesetze auf sowie für kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und das vollständige Recht auf körperliche Selbstbestimmung.
- Kostenlose, kollektive Selbstverteidigungsstrukturen, um es Frauen zu ermöglichen, sich selbst vor Übergriffen zu schützen.
- Um Frauen aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Reproduktionsarbeit eine politische

Teilnahme zu erleichtern, treten wir zudem für eine Vergesellschaftung sämtlicher Haushalts-, Sorge- und Reproduktionsarbeiten ein.

Quellen

[1]

https://www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS_619785/lang-de/index.htm

[2]

https://www.ilo.org/berlin/arbeitsfelder/frauen-in-der-arbeitswelt/WCMS_619734/lang-de/index.htm

[3] Tageszeitung Neues Deutschland, Ausgabe
17. Januar 2019

[4]

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/____arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/

[5]

<https://www.zeit.de/karriere/2014-10/gewerkschaften-mitglieder-weltweit>

[6] <https://www.boeckler.de/107622.htm>

[7]

<http://agf.blogspot.de/images/MaterialFraueninGewerkschaften.pdf>

[8] Tageszeitung Neues Deutschland, Ausgabe
19./20. Januar 2019

[9]
https://www.haufe.de/personal/arbeitsrecht/lohngleichheit-neue-s-zum-entgelttransparenzgesetz_76_398490.html

[10]
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/lebenssituation-sicherheit-und-gesundheit-von-frauen-in-deutschland/80596>

[11]
<http://www.bpb.de/izpb/8344/situation-der-frauen-und-kinder?p=all>

[12]
<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/weibliche-beschneidung-genitalverstuemmelung-muenchen-hilfe-1.4188021>

Welchen Antisexismus brauchen

wir?

Jaqueline Katherina Singh, REVOLUTION, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung, März 2019

Wir leben in unruhigen Zeiten. Rechte Populist_Innen und Reaktionär_Innen gewinnen an Popularität. Mit ihnen wird rassistische Hetze wieder salonfähig sowie neoliberale Kürzungspolitik Alltag. Emanzipation wird ersetzt durch tradierte Rollenbilder und das konservative Bild der bürgerlichen Familie. Begleitet wird dies mit einer Zunahme an internationalen Spannungen: Handelskriege, zunehmende kriegerische Auseinandersetzungen und fortschreitende Militarisierung.

Doch so düster das Ganze aussieht, so erleben wir, wie auf der ganzen Welt Frauen für ihre Rechte demonstrieren und streiken. So gingen am 8. März 2018 in über 177 Ländern Menschen für die Rechte der Frauen auf die Straße. Allein in Spanien streikten 6 Millionen Frauen gegen sexuelle Gewalt, für gleiche Löhne und das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper. In der Türkei demonstrierten mehrere Tausende trotz der großen Repression seitens des Erdogan-Regimes. Darüber hinaus gab es in den letzten Jahren immer wieder große Proteste: Ob nun im Rahmen des Women's March in den USA, des „schwarzen“ Protests gegen das Verbot von Abtreibungen in Polen, von Ni

Una Menos in
Lateinamerika – überall auf der Welt demonstrierten Millionen
Frauen für ihre
Rechte.

Als
Revolutionär_Innen müssen wir uns die Frage stellen: Welche
Perspektive haben
die Proteste? Wie können wir uns gegen die Angriffe der
Rechten wehren? Kurzum
stellt sich die Frage: Welchen Antisexismus brauchen wir?

Ursprung der Frauenunterdrückung

Um diese Frage
gut zu beantworten, müssen wir verstehen, woher eigentlich
Frauenunterdrückung
kommt. Schließlich wollen wir nicht nur gegen Auswüchse des
Problems kämpfen,
sondern es gleichzeitig an seiner Wurzel packen, um es für ein
alle Mal zu
beseitigen!

Als
Marxist_Innen gehen wir davon aus, dass die Unterdrückung der
Frau nicht in der
Biologie oder „Natur des Menschen“ wurzelt. Weder wohnt es
Frauen von „Natur aus“ inne, unterdrückt zu werden, noch
Männern, Gewalt gegenüber Frauen auszuüben.

Vielmehr müssen

die Wurzeln der Jahrtausende alten Unterdrückung der Frauen selbst in der Geschichte, in sozialen Entwicklungen gesucht werden. In seinem Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ setzt sich Friedrich Engels nicht nur systematisch mit der Frage auseinander, er skizziert auch eine materialistische Erklärung der Unterdrückung der Frauen, des Patriarchats und seines Wandels in der Geschichte.

Engels weist darauf hin, dass Frauen nicht immer unterdrückt oder das „schwache“ Geschlecht waren, sondern – wie auch die moderne Forschung belegt – erst ab einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung der Menschheit die Unterdrückung der Frauen beginnt und nach einer langen Periode systematische Formen annimmt.

Kurz zusammengefasst: Frauenunterdrückung gab es nicht schon immer und ist auch nichts Natürliches. Erst als Menschen sesshaft wurden und anfangen, mehr zu produzieren, als sie ein Mehrprodukt erzeugten und sich Privateigentum herauszubilden beginn, fing das Problem an. Dies passierte zur Zeit der Jungsteinzeit. Während es vorher Stammesgemeinschaften gab, bei denen es auch keine unterdrückerische geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gab, veränderten sich in

dieser Zeit die
Strukturen des Zusammenlebens. Denn mit dem entstehenden
Privatbesitz an Grund und Boden setzten sich auch patriarchale
Vererbungsstruktur, systematische Ausbeutung und Unterdrückung
durch
(Sklaverei, Unterdrückung der Frau).

Damit die Vaterschaft gesichert und das väterliche
Erbe auf die eigenen, leiblichen Kinder übergehen konnte,
musste die Frau
monogam leben. Im Laufe der Zeit, also über die
Sklavenhaltergesellschaften der
Antike hin zum Feudalismus verfestigten sich diese Strukturen
und wurden gemäß
der jeweils vorherrschenden Produktionsweise modifiziert. So
wurde
beispielsweise im feudalen Europa die Unterdrückung der Frau
durch das
Christentum ideologisch unterfüttert.

Der Kapitalismus
hat das schon bestehende Unterdrückungsverhältnis den
Erfordernissen der
Ausbeutung der Lohnarbeit angepasst. Die herrschende Klasse
profitiert von der
Frauenunterdrückung und ihr System ist eng mit ihr verwoben.
Beispielsweise ist
die Familie erhalten geblieben, auch wenn sich ihre Funktion
für die arbeitende
Klasse gewandelt hat. Im bäuerlichen Haushalt der Feudalzeit
war sie auch Ort
der Produktion – der notwendigen Lebensmittel für die Familien
der Bauern und
Bäuerinnen wie des Überschusses, des Mehrprodukts für den
Grundherrn, dessen

Familie und Hofstaat. Dies wurde aber aufgrund der Industrialisierung überflüssig, da die LohnarbeiterInnen über keine eigenen Produktionsmittel verfügen, sondern ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen mussten und bis heute müssen. Dennoch blieb die Familie bestehen, denn im Kapitalismus dient sie dazu, die Arbeitskraft zu reproduzieren, die im Haushalt vor allem von den Frauen ohne Entlohnung erledigt werden muss. Zugleich werden über die Familie und die ihr zugrunde liegende Arbeitsteilung nach Generationen und Geschlechtern auch gleich die sozialen Rollen vermittelt.

Unterschiedliche Interessen

Insgesamt ist wichtig herauszustreichen, dass zwar alle Frauen von Unterdrückung betroffen sind, aber wie und wie stark das der Fall ist, hängt von ihrer Klassenzugehörigkeit ab. So sind die Frauen der Bourgeoisie auch Angehörige der ausbeutenden Klasse – und haben somit ein materielles Interesse an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems und ihrer damit verbundenen Privilegien. Die Frauen aus dem Kleinbürger_Innentum und den Mittelschichten nehmen – wie diese Klassen selbst – eine widersprüchliche Stellung ein. Einerseits sind sie viel härterer

Unterdrückung ausgesetzt als die Frauen der herrschenden Klasse. Sie müssen – wie die proletarischen Frauen – Beruf und Kindererziehung unter einen Hut bringen oder werden in den halbkolonialen Ländern von ihren Männern an den Haushalt gefesselt. Während viele dieser Frauen noch vor einigen Jahrzehnten (v. a. in den westlichen Ländern) sozial aufsteigen konnten, Karriere machten und einer Gleichberechtigung nahezukommen schienen, so sind sie heute oft auch massiv von Angriffen durch Sozialabbau (Kürzungen bei Kitas, Privatisierung, ...) bedroht, die ihre Unterdrückung verschärfen.

Doch ähnlich wie kleinbürgerliche Ideologien oder auch der Reformismus erkennen sie den engen Zusammenhang von Kapitalismus und Privateigentum mit der Frauenunterdrückung nicht. Sie erblicken vielmehr in deren ideologischen Ausdrucksformen (Stereotypen, Geschlechterrollen, sexuellen Vorurteilen, Heterosexismus, ...) die Ursache der Unterdrückung. Ihre Strategie erschöpft sich in verschiedenen Formen des radikalen oder reformistischen Feminismus, was ihre relativ privilegierte Stellung als Kleineigentümer_Innen oder Akademiker_Innen (Bildungsbürger_Innen) gegenüber der Masse der werktätigen Frauen widerspiegelt.

Die Arbeiter_Innenklasse als Ganze hingegen hat ein objektives materielles Interesse daran, das Kapitalverhältnis und damit die innerhalb der Lohnarbeit reproduzierte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wirklich zu überwinden und abzuschaffen – die proletarischen Frauen darüber hinaus auch ein brennendes, unmittelbares, subjektives. Konsequenter Antisexismus ist daher notwendigerweise Teil des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats, weil er die Ausbeutung abschafft und die Produktion um der Reproduktion des unmittelbaren Lebens der Produzent_Innen willen umgestaltet, statt sie auf die Mehrarbeit für den Reichtum der Ausbeuterklasse auszurichten. Eine Frauenbewegung, die an die Wurzeln der Unterdrückung geht, kann nur eine proletarische, eine sozialistische Frauenbewegung sein, weil nur sie für den revolutionären Sturz des Kapitalismus, die Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse als notwendigen Schritt zu einer klassenlosen Gesellschaft eintritt.

Kurze Kritik der Feminismen

Um nicht nur gegen die Auswirkungen der Frauenunterdrückung zu kämpfen, sondern diese zu beenden, bedarf es einer Analyse ihrer Ursachen. Diese ist besonders wichtig,

da wir aus ihr Schlüsse ziehen können, mit welchen Mitteln wir gegen Sexismus kämpfen müssen. Deswegen haben wir als Marxist_Innen auch Kritik an Theorie und Programm der verschiedenen feministischen Strömungen. Auch wenn der Begriff „Feminismus“ heute im Alltagsgebrauch oft mit „Gleichberechtigung der Frauen“ gleichgesetzt wird (und in diesem Sinn alle Menschen, die für diese kämpfen als „feministisch“ betrachtet werden könnten), so unterscheiden sich die verschiedenen feministischen Theorie untereinander wie auch von einem marxistischen Verständnis der Frauenunterdrückung erheblich.

Zweifellos haben verschiedene feministische Theorien und Bewegungen zum Kampf um Gleichberechtigung viel beigetragen und wir unterstützen diese. Aber wir halten Teile ihrer Schlussfolgerungen wie die Methode ihrer Analysen für politisch falsch und glauben, dass die Kampfmittel nicht ausreichend sind, um an das gemeinsame Ziel zu kommen. Um dies zu skizzieren, setzen wir uns kurz mit einigen feministischen Strömungen auseinander, denn ähnlich wie z. B. beim „Antifaschismus“ gibt es viele unterschiedliche Strömungen, die oftmals unter einem Begriff zusammengeworfen werden.

Am deutlichsten

wird das beim bürgerlichen Feminismus. Dieser beschränkt sich heute in seinen Forderungen meist darauf, Frauen das gleiche Recht einzuräumen wie Männern. Dabei fokussiert er sich aber überwiegend auf die Bedürfnisse von Frauen aus der herrschenden oder kleinbürgerlichen Klasse. Dies zeigen beispielsweise Institutionen wie Womens20, die im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg tagte. Dort sprachen Frauen wie Ivanka Trump, Angela Merkel und Vertreterinnen von Firmen und diskutierten, wie die „Förderung von weiblichem Unternehmertum sowie Zugang zu Kapital- und Finanzdienstleistungen für Frauen“ praktisch aussehen kann. Dass dies nur zur Verbesserung der Lage von Frauen beiträgt, die aus gehobeneren Schichten kommen, sollte klar sein.

Der radikale Feminismus, der in der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1960er und 1970er Jahren entstand, beanspruchte hingegen ähnlich wie heute der Queer-Feminismus, die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst in Frage zu stellen. Für beide liegt die Wurzel der Frauenunterdrückung allerdings nicht in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Klassengesellschaft. Der Radikalfeminismus erblickt sie in einer allenfalls neben/quer zu dieser verlaufenden, überhistorischen Unterdrückung der Frauen durch die Männer aller Klassen. Der Queer-Feminismus und die dekonstruktivistischen Theorien erblicken die Ursache

der Unterdrückung
im Diskurs, in einer „heteronormativen Matrix“. Demzufolge
bilden nicht die
materiellen Verhältnisse (geschlechtsspezifische
Arbeitsteilung) die Ursache
der Frauenunterdrückung, sondern es sind vielmehr sexistische
Ideologien,
Vorstellungen, Sprechweisen, Diskurse, die zu
Machtverhältnissen und
Unterdrückung führen. Daher unterscheidet sich auch das
Programm der Befreiung
grundlegend. Während Marxist_Innen erkennen, dass Sexismus und
Heteronormativität – wie jede reaktionäre Ideologie – nur dann
endgültig
verschwinden können, wenn ihre materielle Grundlage beseitigt
ist, so erblickt
der Queerfeminismus im Kampf um diskursive Deutungen den Kern
der Auseinandersetzung.
Dieser unterschiedlichen strategischen Ausrichtung entsprechen
verschiedene
Klassenstandpunkte. Der Queerfeminismus (und vor ihm der
Radikalfeminismus)
bringt jenen des Kleinbürger_Innentums
und der Mittelschichten zum Ausdruck, der Marxismus
jenen der proletarischen Frauen wie der gesamten
Arbeiter_Innenklasse.

Ein heute eher marginales
Dasein fristet der „sozialistische Feminismus“. Dieser
versuchte in den 1970er
Jahren, Feminismus und Marxismus zu verbinden und stellte
zweifelloso die linkeste
Strömung innerhalb des Feminismus dar. Doch auch dieser war
nicht in der Lage,
die Schwächen v. a. des radikalen Feminismus zu überwinden,
sondern

kombinierte sie auf theoretischer Ebene nur mehr oder weniger zusammenhangslos mit marxistischen Vorstellungen (siehe beispielhaft den Artikel zur Debatte um „Lohn für Hausarbeit“ in dieser Ausgabe).

Aber was für einen Antisexismus brauchen wir dann?

Wir kämpfen für eine internationale, multiethnische, proletarische Frauenbewegung, die sich weltweit vernetzt und ihre Kämpfe mit einer antikapitalistischen Perspektive verbindet. Dabei sagen wir klar, dass es einen gemeinsamen Kampf von arbeitenden Frauen und Männern braucht. Das leitet sich daraus ab, dass die Angehörigen der Arbeiter_Innenklasse ein gemeinsames historisches Interesse haben, den Kapitalismus zu stürzen – im Gegensatz zu Frauen aus der Bourgeoisie, aber auch aus dem Kleinbürger_Innentums und den Mittelschichten. Daneben kann nur ein gemeinsamer Kampf, also beispielsweise Streiks, Demonstrationen genügend Druck auf- und bestehende Spaltungsmechanismen langsam abbauen. Dafür einzutreten, bedeutet aber auch einen konsequenten Kampf gegen Sexismus, Chauvinismus und Machismus in der Arbeiter_Innenklasse selbst zu führen.

Dies geht in einem gemeinsamen Kampf besser. Wir wissen aber auch, dass „die Männer“ in den Gewerkschaften, im Betrieb und nicht zuletzt in der „Partner_Innenschaft“ nicht ohne Druck auf ihre Privilegien verzichten werden. Ein Mittel sind dazu verpflichtende antisexistische Reflexionsrunden, Awarenesssteams auf Veranstaltungen und die Schaffung von Strukturen, bei denen man übergriffiges Verhalten melden kann. Für Frauen bedarf es des Rechts auf Schutzräume, in denen man sich gesondert treffen kann, gezielter politischer Förderung und einer Entlastung von technischen Aufgaben.

Darüber hinaus ist Aufgabe einer internationalen, multiethnischen, proletarischen Bewegung, die unterschiedlichen Probleme, die Frauen auf der Welt haben, zu thematisieren und eine Perspektive für alle aufzuwerfen: ob nun von der Muslima, die das Recht hat, ihren Glauben so zu praktizieren, wie sie es möchte, über schwarze Frauen, die nicht länger der massiven Polizeigewalt und rassistischen Angriffen in den USA ausgesetzt sein wollen bis hin zur pakistanischen Arbeiterin, die nicht länger für einen Hungerlohn arbeiten will. Egal ob für geflüchtete Frauen, lesbische, bi-, trans- oder asexuelle oder Frauen aus Halbkolonien oder Industrienationen: Aufgabe ist es, für die unterschiedlichen Situationen die Gemeinsamkeiten in der sexistischen Unterdrückung herauszustellen, aber auch die Unterschiede

aufzuzeigen, und wie sie mit der Unterdrückung, die man als Frau erfährt, sowie mit anderen Faktoren zusammenhängen. Betrachtet man dies genauer, kommt heraus, dass überall auf der Welt Frauen mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind.

1. Volle rechtliche Gleichstellung und Einbeziehung in den Produktionsprozess!

Auch wenn gefeiert worden ist, dass nun überall auf der Welt Frauen wählen dürfen (dass dies z. B. in Saudi-Arabien nur für Kommunalwahlen gilt, wird außer Acht gelassen), haben Frauen vielerorts nicht die gleichen Rechte. Das bedeutet praktisch beispielsweise erschwerte Scheidungsmöglichkeit oder keine politische Teilhabe. In der gleichen Situation befinden sich auch alle Frauen, die sich auf der Flucht befinden und deswegen an ihrem Aufenthaltsort nicht die Staatsbürger_Innenrechte in Anspruch nehmen können. Insgesamt sorgt das dafür, dass Frauen als Menschen zweiter Klasse behandelt und durch ihre Isolation entmündigt werden. Ein Verbot, arbeiten zu gehen oder dies nur von zu Hause aus tun zu können, bedeutet vollkommene ökonomische Abhängigkeit von dem Partner oder der Familie. Dort wo

dies nicht gegeben ist, müssen wir die Gewerkschaften dazu auffordern, eben jene in unsere Reihen aufzunehmen. Dies ist ein wichtiger Schritt, der deutlich macht, dass auch sie Teil der Arbeiter_Innenklasse sind, ähnlich wie Arbeitslose.

2. Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!

Während Reaktionär_Innen versuchen, den Lohnunterschied damit zu erklären, dass Frauen einfach in weniger gut bezahlten Berufen arbeiten, weil sie angeblich körperlich „nicht so hart arbeiten können“ wie Männer, ist für uns klar: Der Unterschied in der Lohnhöhe folgt aus der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die der Kapitalismus reproduziert. Der Lohn der Frau erscheint bis heute in den meisten Ländern als „Zuverdienst“ zum Mann. Der Lohnunterschied manifestiert a) die Rolle der Frau in der Familie, denn wenn sie weniger verdient, ist sie es, die „natürlich“ zu Hause bleibt, um auf Kinder oder pflegebedürftige Personen aufzupassen; b) die Abhängigkeit vom Partner. Dadurch werden Frauen auch „leichter“ aus der Arbeit gedrängt oder noch stärker in prekäre, schlecht bezahlte Arbeit oder Teilzeitjobs. Deswegen müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass es keine Spaltung

innerhalb der
Arbeiter_Innenklasse durch Geschlecht oder Nationalität gibt.
Denn diese
fördert die Konkurrenz und Abstiegsängste untereinander und
schwächt somit auch
die gemeinsame Kampfkraft. Daher treten wir für gleiche Löhne,
Arbeitszeiten
und Arbeitsbedingungen ein, um die Auswirkungen der Konkurrenz
wenigstens
zurückzudrängen!

3. Selbstbestimmung über den eigenen Körper!

Ob durch
religiöse Vorschriften, rassistische Hetze oder
Abtreibungsgegner_Innen:
Überall auf der Welt sind Frauen damit konfrontiert, dass man
versucht, über
ihre Körper zu bestimmen. Deswegen treten wir dafür ein, dass
Frauen
selbstständig entscheiden können, was sie tragen oder ob sie
schwanger
werden/bleiben wollen.

4. Recht auf körperliche Unversehrtheit!

Ob nun sexuelle
Grenzüberschreitungen, Vergewaltigungen oder reine Gewalt
aufgrund des
Geschlechtes wie bei Femiziden: Gewalt gegen Frauen ist
allgegenwärtig!

Dabei ist
herauszustellen, dass dies ein internationales Problem ist und
nicht auf
bestimmte Regionen bzw. Religionen beschränkt ist, wie manche
Reaktionär_Innen
behaupten. Für uns ist klar: Es gibt keine Religion, die mehr
oder weniger
böse ist als andere Religionen. Es ist vielmehr
eine Frage der gesellschaftlichen Basis und politischen
Bedingungen, wo und wie
stark religiöse Vorstellungen zur Ideologie rückschrittlicher
Bewegungen werden
und Einfluss gewinnen.

Doch essentiell
ist es, die Forderung nach Selbstverteidigungskomitees im
Schulterschluss mit
anderen Unterdrückten aufzuwerfen ähnlich wie die Gulabi-Gang,
nur demokratisch
organisiert, also mit direkter Wähl- und Abwählbarkeit und in
Verbindung mit
der Arbeiter_Innenbewegung. Der Vorteil solcher Strukturen
besteht darin, dass
man Frauen nicht als passive Opfer darstellt, sondern ihnen
auch die
Möglichkeit gibt, sich aktiv gegen Unterdrückung zu wehren.
Daneben ist die
Forderung nach Selbstverteidigungskomitees für Marxist_Innen
wichtig, denn es
bedeutet, keine Hoffnung in Polizei oder Militär zu setzen und
ein Gegengewicht
gegen ihr Gewaltmonopol bzw. gegenüber dem des
bürgerlichen Staates allgemein zu schaffen.

5. Vergesellschaftung der Hausarbeit

Dies ist eine
essentielle Forderung, um die Doppelbelastung von Frauen zu
beenden und letzten
Endes auch einer der Schritte, die die geschlechtliche
Arbeitsteilung -und mit
ihr die Stereotype beenden. Grundgedanke ist es, die Arbeit,
die wir tagtäglich
verrichten, um uns zu reproduzieren (essen, Wäsche waschen,
Kindererziehung),
nicht länger im stillen Kämmerlein alleine zu absolvieren,
sondern sie
kollektiv zu organisieren und auf alle Hände zu verteilen.
Dies kann dann
beispielsweise in Form von Kantinen oder Waschküchen ablaufen,
an denen sich
beispielsweise alle aus dem Bezirk beteiligen. Dadurch muss
man dann nicht jeden
Tag kochen oder jede Woche Wäsche waschen und es wird klar,
dass eben diese
Aufgaben nicht nur reine „Frauensachen“ sind.

Im Kapitalismus
findet so was nicht statt (oder nur in Ausnahmesituationen wie
Kriegen), da
kein Interesse herrscht, die Kosten für die Reproduktion
staatlich zu
organisieren.

Wie kommen wir zu so einer Bewegung?

Wie bereits

geschrieben, erleben wir in der aktuellen Situation international viele Kämpfe.

Ein Weg, bestehende Kämpfe zusammenzuführen, bedeutet, Solidarität zu zeigen.

Dabei hat diese viele Ebenen: So ist es beispielsweise positiv, dass das

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung in Berlin immer Redner_Innen aus anderen

Ländern wie Polen oder Irland die Möglichkeit gibt, zu reden und darüber hinaus

die Proteste sichtbar zu machen durch beispielsweise eigene Demoblöcke. Das ist

ein guter Schritt in die richtige Richtung. Doch dabei dürfen wir es nicht

belassen. Solidaritätsbekundungen sind gut, Solidaritätsaktionen sind besser!

Diese sorgen nämlich dafür, dass das Bewusstsein, dass wir zusammen kämpfen

müssen, um erfolgreich zu sein, steigt.

Damit diese

nicht nur den Kreis an Menschen erreichen, der sich eh schon für die Thematik

interessiert, ist es wichtig, Antisexismus auch an den Orten, an denen wir uns

tagtäglich bewegen müssen, zu thematisieren: also den Schulen, Universitäten

und Betrieben. Dies kann durch Veranstaltungen oder Vollversammlungen

passieren. Geschieht das Ganze im Zuge einer Aktion, so ist es wichtig, im Zuge

deren Aktions- und Streikkomitees zu gründen, damit jene, die aktiv bleiben

wollen, sich koordinieren und ihren Protest demokratisch organisieren können.

Daneben macht es Sinn aufzuzeigen, wo gemeinsame Berührungspunkte bestehen, und Kämpfe miteinander zu verbinden. Denn der Kampf gegen repressive Abtreibungsgesetze in Argentinien hat die gleichen Ursachen wie die in Polen, El Salvador, Irland oder Deutschland. Damit mehr Berührungspunkte aufkommen, macht es auch Sinn, solche Diskussionen mit Problemen, die vor Ort existieren, zu diskutieren wie beispielsweise sexistische Übergriffe oder Bemerkungen oder mangelnde Debatte über Abtreibungsaufklärung. Doch damit eine Bewegung erfolgreich wird, ist es wichtig, bereits existierende Organisationen zu beteiligen. In Deutschland wären das Gewerkschaften, die SPD oder Linkspartei, also Organisationen, die eine Anbindung zur Arbeiter_Innenklasse haben. Dabei bedeutet Beteiligung nicht nur, dass man unter einem Demoaufruf steht, sondern offen die eigene Mitgliedschaft zu Aktionen mobilisiert und diese motiviert, Aktions- und Streikkomitees aufzubauen. Alles andere ist halbherzig. Damit das passiert, müssen wir Druck ausüben und Organisationen offen dazu auffordern. Um den Protest international zu verbinden, braucht es darüber hinaus Aktionskonferenzen, ähnlich der Weltsozialforen, wo Organisationen zusammenkommen und gemeinsam über die Programmatik, Forderungen und gemeinsame Aktionen diskutieren. Denn nur wenn wir eine Bewegung sind, die ihre Basis auf der Straße hat und nicht nach einem Tag verschwunden ist, können wir unsere

Forderungen durchsetzen. Schließlich und nicht zuletzt braucht es eine revolutionär-kommunistische Frauenbewegung als Sammlung der Arbeiter_Innenavantgarde, als Struktur der und in Verbindung mit einer neuen revolutionären Weltpartei der Arbeiter_Innenklasse – der (aufzubauenden) Fünften Internationale!

Frauenstreik 2019 – aber richtig!

Anne Moll, ArbeiterInnenmacht, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 7, März 2019

Am 10. November 2018 fand in Göttingen das erste Vernetzungstreffen zur Planung eines internationalen Frauenstreiks am 8. März 2019 statt.

Auf diesem Treffen wurde ein gemeinsamer Aufruf für den 8. März 2019 verabschiedet und eine Planung, wie dessen Umsetzung in Deutschland möglich ist. Mittlerweile existieren zudem lokale Strukturen in zahlreichen Städten.

„Wenn Frau will, steht alles still...“?

Auch wenn es für viele Frauen in der BRD heute kaum vorstellbar ist, ohne Tarifrunde, also für eigene Frauenthemen die Arbeit niederzulegen: Solche Streiks gab es in der Vergangenheit und sie sind international gar keine Seltenheit! Wie wir schon in einer früheren Ausgabe der Neuen Internationale im Artikel „Frauenstreik – ja bitte!“ ausgeführt haben, legten Millionen Frauen seit 1975 in Europa die Arbeit nieder und gingen auf die Straße, um gerechte Bezahlung, bessere Kinderbetreuung, Stopp der Gewalt gegen Frauen oder die Selbstbestimmung über ihre Körper zu fordern – in Deutschland zuletzt 1994 mit knapp einer Million TeilnehmerInnen.

Das Problem ist dabei immer wieder die Frage der Protestform. Die Frauenorganisationen, die aus dem bürgerlichen Spektrum kommen, lehnen den Begriff Streik und damit natürlich auch dessen praktische Ausführung ab. So überstimmten sie die radikalen Frauengruppen z. B. 1975 in Island und eine wirklich große Kampffraktion wurde unter dem so gar nicht kämpferischen Slogan „Frauen-Ruhetag“ angekündigt. Unter gewerkschaftlich organisierten Frauen konnte dann

immerhin der Slogan

„Frauenprotesttag“ 1994 in Deutschland durchgesetzt werden.

Betriebliche

Streikaktionen wurden aber abgelehnt mit der Begründung,

politische Streiks

seien in der BRD illegal. Womit wir bei dem eigentlichen Problem wären: Es ist

dringend notwendig, dass sich politisch einiges ändert, sich die Situation von

Millionen Frauen hierzulande bzw. weltweit Milliarden verbessert. Es muss sich

noch viel ändern, damit das Wort Gleichstellung überhaupt ausgesprochen werden

darf. Wesentlich ist aber die Frage: „Wie erreichen wir das?“

Wer wird

politisch etwas mehr als schöne Worte und einen Butterkeks für Frauenrechte

tun, wenn wir nicht über legale Protestformen hinausgehen?

Wenn wir durch

konsequente und sehr energische Maßnahmen nicht zeigen: Die Ansage „Wenn wir

wollen, steht alles still!“ beinhaltet auch Streikmaßnahmen?

Und es ist uns

ernst mit der vollständigen Gleichberechtigung, die natürlich auch bedeutet,

dass Frauen in dieser Gesellschaft besonderen Schutz benötigen.

Genau darum

brauchen wir einen politischen Streik für die durch ihn erreichbaren

Forderungen aus dem Göttinger Aufruf. Ein politischer Streik richtet sich im

Gegensatz zu wirtschaftlichen Forderungen einzelner Branchen

an und gegen den
Staat mit der Aufforderung, Maßnahmen zu ergreifen, die im
Interesse aller
Arbeiterinnen liegen: zur Vergesellschaftung des
Reproduktionssektors, der
Haus-, Pflege- und Sorgearbeit, gegen Pflegenotstand; zur
faktischen
Gleichstellung mit den Männern vor dem Gesetz, bei Löhnen und
Arbeitsbedingungen;
zur Abschaffung der Abtreibungsgesetze; gegen Altersarmut; für
gleiche
StaatsbürgerInnenrechte aller, die hier leben; für offene
Grenzen...Ein
politischer Streik bündelt also die Interessen der gesamten
ArbeiterInnenklasse. Sie sollte sich auch als Ganze daran
beteiligen
einschließlich ihrer Männer – vom politischen Massenstreik bis
hin zum
Generalstreik zur Durchsetzung der Forderungen!

An zwei
wesentlichen Punkten mangelt es zum Verständnis, warum es
tatsächlich notwendig
ist, einen Frauenstreik, der sowohl dem Kampfbegriff als auch
der notwendigen
Aktion gerecht wird, durchzusetzen:

Erstens am
fehlenden Klassenstandpunkt: Viele haben kein Verständnis, für
welche
Interessen wir denn kämpfen. Da kommt immer schnell das
Argument: Wir Frauen
haben alle die gleichen Bedingungen und kämpfen gemeinsam für
die gleichen
Forderungen. Jede Kritik daran wird mit dem Argument „Wir

lassen uns nicht
spalten!“ abgewürgt.

Und trotzdem
ist es eine Tatsache, dass sich bürgerliche
Frauen viel von den Forderungen für mehr Gleichstellung kaufen
können, sie weit
eher in der Lage sind, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu
befreien, oder
eine Abtreibung unabhängig von der Gesetzgebung sicher
durchführen lassen können (z. B. im Ausland). Je besser
ihre ökonomische Lage, desto mehr Möglichkeiten haben sie,
sich ein angenehmes
Leben zu organisieren oder den Beruf
auszuüben, den sie möchten.

Außerdem kommt
dazu, dass sie sich selten mit der ArbeiterInnenklasse
solidarisieren, denn
ihre bürgerlichen Regierungen werden tatsächlich mit allen
Mittel versuchen,
unseren Kampf zu stoppen – je konservativer, desto härter! Und
dazu gibt es
Repression und das könnte durchaus heißen, dass sie ihren
Status verlieren oder
zumindest angegriffen werden. Nur die Arbeiterinnen, um
derentwillen die
Forderungen unterstützt werden müssen und für die sie wirklich
relevant sind,
haben eh nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen: die
gezwungen sind, auch
den schlechtesten Job zu machen, sich zu prostituieren oder
sexuelle
Belästigungen durch ihre Vorgesetzten auszuhalten, wenn sie
nicht gefeuert

werden wollen.

Zweitens geht es leider auch vielen Gewerkschaften darum, die Kontrolle über die Bewegung zu behalten. So wichtig es ist, gewerkschaftlich organisiert zu sein, um diese Anliegen durchzusetzen, so wichtig ist zu erkennen: In welchem Kontext agieren diese Gewerkschaften? Warum unterstützen sie nicht bedingungslos die Forderungen und Proteste der Ärmsten und Unterdrücktesten? Und besonders in der BRD steht unseren Interessen die Kontrolle und Zählung der DGB-Gewerkschaften durch ihre leitenden FunktionärInnen, zumeist Mitglieder der bürgerlichen ArbeiterInnenpartei SPD, entgegen. Sie unterstützen schon sehr lange alle kapitalistischen Interessen mit dem leider wirksamen Argument der Standortsicherung. Damit wird jeder weitere Einschnitt für die Lohnabhängigen gerechtfertigt, neoliberale Politik mitgetragen. Als alternativlos werden auch immer wieder Krisenkosten auf die ArbeiterInnenklasse abgewälzt.

Umso wichtiger ist es deshalb, dass das Thema (politischer) Streik auf die Tagesordnung kommt und diskutiert wird. Wir unterstützen die Bewegung für einen Frauenstreik international und bringen unsere klassenkämpferische Politik in die Vorbereitungen ein.

Und die nächsten Schritte?

Wie könnten die ersten Schritte aussehen, damit die Mobilisierung und die viele Arbeit von 2019 nicht schon im nächsten Jahr verpufft? In Deutschland ist es deshalb schon nicht so einfach, Menschen in den Betrieben während der normalen Lohnrunden zu mobilisieren, weil die Gewerkschaftsbunzen sehr stark Aktionen kontrollieren, ja ausbremsen, wenn sie nicht in den gewerkschaftlichen Schulterchluss mit Sozialdemokratie und UnternehmerInnen passen. Die DGB-Gewerkschaften möchten ihr Image als verlässliche Partnerinnen der Kapitalinteressen nicht gefährden. Deshalb werden sie erst recht nicht oder nur sehr vereinzelt in Ortsgruppen oder Betrieben bereit sein, zum 8. März überhaupt zu mobilisieren.

Die ersten Schritte müssen also von den Beschäftigten ausgehen. Der erste Schritt bestünde darin, dass sich die Streikbereiten organisieren, ihre Führungen auffordern, zum Streik aufzurufen. Nur wenn wir kollektiv Druck auf die Gewerkschaftsführung ausüben, schaffen wir es, sie in Bewegung zu bringen. Ein realistischer Weg dahin, möglichst viele Kolleginnen, aber auch Kollegen für diese Idee zu gewinnen, besteht in der Aufforderung an die Betriebsräte, vor dem 8. März eine Betriebsversammlung in ihrem Betrieb

durchzuführen. Und genau diese Versammlung sollte das Thema Frauenstreik diskutieren. Was wollen wir? Wofür müssen wir streiken? Welche Rechte haben wir? Usw., usf.

Als Beispiel

sei hier der Frauenstreik 2018 in Spanien genannt. Die offizielle Gewerkschaftsführung wollte nicht zum politischen Frauenstreik aufrufen, aber die gewerkschaftlich organisierten Frauen taten es und organisierten selbstständig die betrieblichen Streiks. In Deutschland kocht seit Monaten das Thema Pflegenotstand. In vielen Städten gibt es Bündnisse für mehr Personal im Krankenhaus. Dies Thema ist ebenso wie höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, wie gute Kinderbetreuung und Selbstbestimmung über unsere Körper ein gutes zur Mobilisierung. Die Gewalt gegen Frauen hat in den letzten Jahren zugenommen. Und sie fängt nicht erst bei Schlägen an, sondern damit sind auch verbale Verletzungen und Abwertungen gemeint, sexistische Anmache, Bevormundung und Isolation. Die Schutzräume für von Gewalt betroffene Frauen werden nur sehr unzureichend vom Staat finanziert. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist ein wichtiges Thema im Kampf um Gleichberechtigung. Ein weiteres ist die unbezahlte Hausarbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird und selten überhaupt Erwähnung findet. Das alles sollten wir bei Streikaktionen,

Versammlungen und Demonstrationen am 8. März diskutieren und dafür unseren Widerstand organisieren.

Zusätzlich zu dem Vorschlag, v. a. die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Beschäftigten in den Branchen mit hohem Frauenanteil (Pflege, Einzelhandel, Gastronomie, Gesundheitswesen, Bildung und Erziehung...) zuvorderst zum Streik aufzurufen, treten wir dafür ein, am 8. März einen Bildungstreik zu organisieren und alle SchülerInnen und StudentInnen zu mobilisieren, damit sie einen ökonomisch wirksamen Erzwingungstreik mit ihren stärksten Mitteln unterstützen können. Generell ist es uns wichtig zu betonen: Wir kämpfen für die gesamte ArbeiterInnenklasse und unsere Themen sind auch die der Männer unserer Klasse. Wir sollten gemeinsam gegen die Unterdrückung des Kapitalismus antreten!

Politischer
Frauenstreik illegal? Scheißegal!

Wir werden weiter für unsere

Rechte kämpfen!

Interview mit Raquel Silva (Liga Socialista Brasilien), Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 7, März 2019

Rachel Silva ist Gründungsmitglied der „[Liga Socialista](#)“, der brasilianischen Sektion der Liga für die Fünfte Internationale, und langjährige Aktivistin der LehrerInnengewerkschaft in Juiz de Fora. Sie beteiligt sich gemeinsam mit den GenossInnen der LS an der Vorbereitung der Demonstration zum 8. März und am Aufbau eines Komitees gegen die sog. „Rentenreform“ der Regierung Bolsonaro.

Frage: Wie hat sich der Putsch gegen Dilma auf die Lage der Frauen und sexuell Unterdrückten ausgewirkt?

Seit dem Staatsstreich 2016 haben die Angriffe auf Frauen und LGBTs zugenommen, als die Anti-PT-Welle zum Sturz von Präsidentin Dilma einsetzte. Dilma Rousseff selbst hat während ihrer Amtszeit viele machistische Angriffe erlitten, von einschlägigen Schmährufen im Maracanã-Stadion zur Eröffnung der FIFA-Weltmeisterschaft 2014 bis hin zu den berüchtigten pornografischen Aufklebern für Autos, die allgemein die Frauenwürde trafen.

Nach dem Putsch nahm die konservative, Anti-PT-Welle (PT: Arbeiterinnenpartei, Ex-Regierungspartei) zu.

Der moralische Konservatismus gewann viel an Bedeutung, vor allem, als das Magazin „Veja“, eine der größten Zeitschriften des Landes, Vertreterin der Bourgeoisie und Organisatorin des Putsches, einen Artikel mit der neuen First Lady Marcela Temer (Ehefrau des damaligen Präsidenten Michel Temer) veröffentlichte, in dem die Eigenschaften von „schön, bescheiden und häuslich“ hervorgehoben wurden.

Während seiner Regierung wurde das Nationale Sekretariat für Frauenpolitik in das Ministerium für Menschenrechte übertragen und aus der Gruppe der Regierungsstellen entfernt. Dies war bereits ein Angriff, da es eine Errungenschaft auflöste, die eine Eroberung des Frauenkampfes vor dem Putsch 2016 darstellte.

Frage: Welche Rolle spielen dabei die konservative Rechte und Kirchen? Welche Rolle spielte Sexismus im Wahlkampf und welchen Widerstand gab es?

Diese konservative Welle, die von den evangelikalen Kirchen sehr stark angenommen und verbreitet wurde, gewann während des Wahlkampfes um den Präsidenten der Republik mehr Raum. Die Angriffe richteten sich gegen öffentliche Schulen und LehrerInnen, denen „Ideologentum“, Linkssein und sogar Pädophilie vorgeworfen wurden. Um die PT zu schlagen,

wurden gefälschte Nachrichten über ideologische Indoktrination erstellt und verbreitet, wobei der Begriff „Gender-Ideologie“ entstand, und man die Bildungspolitik der PT-Regierung als einen Versuch denunzierte, die Kinder zu lehren, „schwul“ zu sein. Lügen über Schwulenkostüme in Schulen wurden durch soziale Netzwerke und WhatsApp verbreitet. Der Konservatismus hat einen heftigen homophoben Diskurs begonnen.

Im Kampf gegen diesen Angriff, gegen die Kandidatur von Bolsonaro brachte die auf einer Facebook-Seite gestartete Bewegung #elenão („er nicht“) feministische Kämpferinnen, Unabhängige, Hausfrauen, Männer in Brasilien und in der Welt zusammen. Millionen von Menschen sind auf die Straße gegangen, um #elenão zu sagen! Es war die größte Frauenbewegung in der Geschichte Brasiliens. Die Reaktion auf die Bewegung war eine Reihe von neuen Angriffen auf FeministInnen. Gewalttaten gegen Militante, Frauen und Schwule nahmen während der Wahlperiode zu, insbesondere zwischen den Wahlgängen.

Frage: Welche Verschlechterungen, welche Angriffe drohen unter Bolsonaro auf die Frauen und LGBT+-Menschen gegenüber der bisherigen Situation?

Nach seinem Amtsantritt

im Januar 2019 ernannte Jair Bolsonaro in der Mehrheit Männer zu Ministern. Von den 22 Ministerien stehen nur zwei unter der Leitung von Frauen: die Landwirtschaft, angeführt von einer rechtsextremen Vertreterin des Agrobusiness, aus der DEM-Partei (Democratas, Demokratinnen), und das neu gegründete Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte, dessen evangelikale Ministerin einen fundamentalistischen Diskurs gegen Abtreibung führt und in der politischen Szene mit absurden Aussagen, vor allem gegen Schulen und LehrerInnen, für große Kontroversen sorgt.

Mit einem Diskurs, der an Wahnsinn grenzt, setzt sie reaktionäre und ultra-konservative Ausrufezeichen, akzeptiert keine Geschlechterfragen und will Sara Winter dem Frauensekretariat voranstellen. Sara Winter, die sagt, sie sei ex-feministisch, brach mit dem Feminismus und gründete die Gruppe FEMEN in Brasilien, die von der sonstigen Frauenbewegung abgesondert agierte. Sie führte harte Angriffe auf feministische Bewegungen mit haltlosen Beschuldigungen und verteidigt ultrakonservative Positionen in der Frauenpolitik.

Wir leben in einem Moment der Angriffe an mehreren Fronten. Im Kongress werden wir durch Versuche, Rechte wie die seit 1945 garantierte Abtreibung in Fällen von

Anenzephalie,

Vergewaltigung und unsicheren Schwangerschaften zu beseitigen, attackiert.

Schon früher wurden wir immer wieder in Alarmbereitschaft versetzt wie im Falle

eines Gesetzentwurfs des ehemaligen Abgeordneten Eduardo Cunha (PdMDB, Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens).

Anfang Februar dieses

Jahres präsentierte der Kongressabgeordnete Marcio Lambre von der PSL

(Sozialliberale Partei Bolsonaros) zwei Gesetze, die unsere Rechte direkt

angreifen. Ein Gesetzentwurf sieht ein Abtreibungsverbot unter allen Umständen

und während der gesamten Schwangerschaft vor, außer wenn ein hohes Risiko für

die schwangere Frau besteht, wobei die Bestrafung von ÄrztInnen einschließlich

der Aberkennung ihrer Approbation vorgesehen ist. Das andere Projekt sieht das

Verbot der Vermarktung und des Vertriebs von Verhütungsmitteln, der Pille am

nächsten Tag, der Spirale mit Strafe für AnwenderInnen und Herstellerfirmen

vor. Nach harter Kritik zog der Abgeordnete das Verhütungsprojekt zurück und

wurde darüber informiert, dass Abtreibung wegen Vergewaltigung, Todesgefahr und

Anenzephalie im Strafgesetzbuch durch Beschluss des Bundesgerichtshofs

vorgesehen ist. Er werde den Vorschlag entsprechend ändern, es bliebe aber sein

Ziel, das Voranschreiten der Möglichkeiten der Abtreibung in Brasilien

zurückzudrehen.

Die Regierung Bolsonaro hat außerdem gerade dem Kongress den Vorschlag zur „Reform der sozialen Sicherheit“ (des Versicherungssystems der Sozialrenten) übermittelt. Dieser Vorschlag ist nicht nur ein harter Angriff auf die Arbeit„nehmer“Innen im Allgemeinen, sondern bedeutet auch größere Verluste für Frauen, insbesondere für Landarbeiterinnen.

Frage: Hat Gewalt gegen Frauen weiter zugenommen?

Die Gewalt gegen Frauen in Brasilien erreicht absurd hohe Zahlen: 606 Überfälle, 135 Vergewaltigungen und 12 Morde pro Tag. Alle 2 Minuten werden in Brasilien 5 Frauen geschlagen. Das sind aktuelle Zahlen, aber sie zeigen nicht die Realität, weil viele Frauen Gewalt nicht anprangern.

In Brasilien, einem Land mit hohem Macho-Anteil, haben wir jetzt einen semifaschistischen Präsidenten, der immer gewalttätige Reden gegen Frauen gehalten, sie als minderwertig eingestuft hat und argumentiert, dass Frauen weniger verdienen sollten als Männer, weil er sagt, „sie werden schwanger“. Bolsonaro wurde verurteilt, um

Entschädigung an die Kongressabgeordnete Maria do Rosário Nunes der PT zu zahlen, weil er sie in den Gängen des Repräsentantenhauses verbal angegriffen hat. Er sagte dort, er würde sie nicht vergewaltigen, weil sie es nicht verdient hätte, da sie zu hässlich sei.

Frage: Wie entwickelte sich die Frauenbewegung in den letzten Jahren?

Die Frauenbewegung wuchs während der PT-Regierungen. Kollektive im Zusammenhang mit dem „Weltweiten Marsch der Frauen“, dem Marsch der Margeriten – Bewegung der Bäuerinnen (Landfrauen der Felder, Wälder und Gewässer) –, Kollektive linker Parteien wie PSTU (Vereinigte Sozialistische Arbeiterinnenpartei), PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit), PCB (Brasilianische Kommunistische Partei; moskautreu auch nach 1956). Dies erweiterte auch die Diskussion und Organisation von Frauen in CUT und PT. Kampagnen zur Verteidigung der Legalisierung von Abtreibungen haben Unterstützung von männlichen Sektoren erhalten. Der Feminismus gewann an Stärke und wuchs auf den Straßen. Mit der Wahl von Trump folgte die feministische Bewegung in Brasilien dem weltweiten Aufruf, der im Marsch gegen Trump gestartet wurde. Gewerkschaftliche Agenden wurden in die 8.-März-Tage

aufgenommen. Die Frauenbewegung und -organisation ist zu einem Hindernis für Konservative geworden und belästigt die Macho-Gesellschaft.

Die Frauenbewegung begann mit dem Putsch, der Dilma Rousseff stürzte, unsicherer zu werden. Die Angriffe wuchsen, der Diskurs gegen den Feminismus gewann die sozialen Netzwerke und die evangelikalischen Gruppen zusammen mit den Kirchen trugen noch mehr zu diesem Angriff bei.

Frage: Wie kann Widerstand erfolgreich sein? Welche Politik ist dazu nötig?

Was die Kämpfe der Frauen gegen diese Angriffe betrifft, so haben wir seit den Wahlen noch nicht viel Mobilisierung erlebt. Die Erwartung ist, dass nach dem Karneval die Bewegung wächst. Der Internationale Frauenstreik, der hier von mehreren Gruppen gegen die Reform des Sozialversicherungssystems gewendet wurde, wird für den 8. März vorbereitet. Die Mobilisierung in unserer Region ist allerdings schwach. Der 8. März fällt mit der Karnevalswoche zusammen, was es sehr schwierig macht, zu handeln. Hier in Juiz de Fora kamen die Kollektive zusammen, um die 8M-Kämpfe zu organisieren, aber es gab einen Bruch. PCB, PSOL und PSTU brachen mit den Kollektiven, die mit dem

„Weltweiten Marsch der Frauen“ und der PT verbunden waren. Sie machen getrennte Aktionen.

In diesem Moment schwerer Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse, insbesondere auf Frauen, müssen wir uns mit einer antisexistischen und klassenorientierten Agenda organisieren, um die Aktionen gegen die Reform der sozialen Sicherheit zu verstärken und dieser illegitimen und semifaschistischen Regierung zu begegnen.

Wir werden weiterhin für unsere Rechte kämpfen, gegen die Reform der sozialen Sicherheit, für die Entkriminalisierung der Abtreibung, für ein Ende von Gewalt und Frauenmord!

Sri Lanka und die Lage der Frauen

Jonathan Frühling, REVOLUTION, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 7, März 2019

Sri Lanka ist eine Insel mit rund 20 Millionen Einwohner_Innen vor der Südküste Indiens mit einem

nominalen

Bruttoinlandsprodukt von gut 80 Mrd. US-Dollar. Nur 1,9 % der Bevölkerung

lebt in extremer Armut. Sri Lanka gehört angesichts dieser wirtschaftlichen

Kennziffern nicht zu den ärmsten Ländern der Welt, gerade wenn man die Lage der

Bevölkerung mit Ländern wie Indien, Pakistan oder Bangladesch vergleicht.

Problematisch ist allerdings die Jugendarbeitslosigkeit von ca. 20 %. Mit

18,4 % Stadtbevölkerung ist das Land nach wie vor sehr agrarisch geprägt.

Sri Lanka ist ein multiethnischer Staat, in dem alle großen Weltreligionen aufeinandertreffen. Der Buddhismus kann mit über

70 % am meisten Gläubige zählen, gefolgt vom Hinduismus (12,6 %), dem

Islam (9,7 %) und dem Christentum (7,4 %). Die Lebenserwartung ist in

den letzten 68 Jahren von 55 auf 75 Lebensjahre gestiegen.

Regierungskrise in Sri Lanka 2018/19

Zuletzt war das Land in den Schlagzeilen, weil es eine wochenlange Regierungskrise gab. Der Präsident Sirisena hatte den von USA und

Indien unterstützten Premierminister Wickremesinghe von der UNP (United

National Party; Vereinte Nationalpartei) entlassen und stattdessen den

china-freundlichen und rechten Politiker Rajapaksa von der

SLPP (Sri Lanka Podujana Peramuna; Sri-Lankische Volksfront) eingesetzt und das Parlament suspendiert. Diese Regierungskrise machte deshalb die Rivalität, die zwischen China und USA in Bezug auf die Einflussnahme in Sri Lanka herrscht, deutlich. China weitet seinen Einfluss auf Sri Lanka aus. Seit 2007 macht es Rahmen seiner „Neuen Seidenstraße“ zu einem wichtigen Handelsstützpunkt. Z. B. hat es einen großen Hafen auf Sri Lanka finanziert. Später wurde ihm dieser auf 99 Jahre verpachtet, weil Sri Lanka den gewaltigen Kredit nicht abbezahlen konnte.

Die Regierungskrise wurde vorerst gelöst, indem der Präsident den alten Premierminister auf Druck des Parlaments hin wieder eingesetzt hat. Trotz dieser Lösung der Krise wurde verständlicherweise dem Glauben an die Berechtigung des politischen Systems in der Bevölkerung nachhaltig geschadet, z. B. wurde das Amt des Präsidenten diskreditiert. Außerdem wurde die Wirtschaft durch die Krise erschüttert, da die Währung an Wert verlor, die Zinssätze angehoben wurden und der Tourismus zurückging.

Trotz der undemokratischen Absetzung Wickremesinghes, die wir angreifen müssen, darf er von uns nicht politisch unterstützt werden. Er ist ein bürgerlicher Politiker unter dem sich seit seiner

Einsetzung als
Regierungschef 2015 die wirtschaftliche Lage beispielsweise
durch
Privatisierungen immer weiter verschlechtert hat. Rajapaksa
dagegen stellt eine
starke reaktionäre Kraft dar, die sich auch auf bewaffnete
faschistische Banden
stützt. Übernimmt er die Macht, sind vermehrte Angriffe auf
die
Arbeiter_Innenklasse, die zum Teil gegen Wickremesinghes
Sparmaßnahmen kämpft,
sehr wahrscheinlich. Auch die ethnischen und religiösen
Minderheiten haben von
seiner nationalistischen Politik nichts zu erwarten. Beide
repräsentieren
Spielarten bürgerlicher Politik, die ein halbkoloniales Land
wie Sri Lanka
nicht voranbringen kann.

Wirtschaftliche Lage von Frauen

Insgesamt ist der Anteil an Frauen, die keiner bezahlten
Beschäftigung nachgehen, mit 69 % recht hoch. Dabei sind 25 %
der
erwerbstätigen Frauen im formellen, 57 % im informellen Sektor
tätig, was
zeigt, wie unsicher ihre wirtschaftliche Situation ist.
Außerdem verdienen sie
meistens sehr viel schlechter und müssen zudem oft deutlich
länger arbeiten als
ihre männlichen Kollegen, weil ihre Arbeit weniger entlohnt
wird. An den
Universitäten machen sie etwa die Hälfte der Studierenden aus.
Allerdings gehen

sie selten in die Politik und müssen ihre Jobs aufgeben, sobald sie Kinder bekommen. Auch müssen sie Missbrauch und Belästigungen ertragen, wenn sie in ihrem Beruf weiter kommen wollen, sehr ähnlich, wie es die #MeToo-Kampagne in der westlichen Welt offenbarte.

Frauen stellen in der Tee-, der Textilproduktion und unter den im Ausland arbeitenden Sri Lanker_Innen die meisten Beschäftigten.

Obwohl dies die wichtigsten Wirtschaftszweige sind, sind Bezahlung und

Arbeitsbedingungen in allen dreien sehr schlecht. Außerdem sind sie oftmals als Haushälterinnen auf der arabischen Halbinsel besonderer Unterdrückung ausgesetzt.

Auf den Teeplantagen gab es sogar 2018 einen Generalstreik für eine 100%ige

Lohnerhöhung. Allerdings fokussieren sich die Gewerkschaften leider nicht auf

die Branchen mit hohem Frauenanteil.

Gewalt gegen Frauen

Häusliche Gewalt ist seit 2005 (!) verboten und trotzdem kommt es häufig zu physischen Übergriffen von Männern gegen ihre Frauen. Diese

Verbrechen werden in der Gesellschaft toleriert bzw. akzeptiert. Die

Vergewaltigung in der Ehe ist nicht verboten und wird als „eheliches Recht des

Mannes“ verstanden. Der staatliche Schutz ist mangelhaft. Oft

sind die Frauen bei einer Anzeige weiteren Belästigungen durch die Polizei ausgesetzt. Mehr noch: Im von 1983 bis 2009 andauernden Bürger_Innenkrieg im Norden des Landes war das Militär oft selbst in Gewaltverbrechen gegen Frauen verwickelt und ist es bis heute, da dort immer noch eine erhöhte militärische Präsenz zu verzeichnen ist. Auch die Prostitution hat in und seit dem Bürger_Innenkrieg dadurch und durch die katastrophale Situation der Bevölkerung zugenommen. Traumatisierung und übermäßiger Alkoholkonsum infolge des Bürger_Innenkriegs hat auch zu einer Zunahme der häuslichen Gewalt beigetragen. Zudem sind Frauen in Haft von Vergewaltigung, Erniedrigung und Missbrauch bedroht. Es sind Fälle belegt, in denen Aktivist_Innen entführt und gefoltert worden sind und erst nach Lösegeldzahlungen wieder freikamen.

Welche Perspektive?

Das alles zeigt uns, dass Gewalt gegen Frauen in Sri Lanka weit verbreitet ist und die Täter fast immer straflos davonkommen. Der Staat ist bei der Aufklärung und Bekämpfung keine Hilfe, sondern durch Militär, Polizei und Gerichte oft selbst in Misshandlung, Menschenhandel, Prostitution und Vergewaltigung verwickelt und deckt sie. Nur wenn die fortschrittliche

Bevölkerung sich erhebt und durch Solidarität mit den Betroffenen Druck auf die Regierung ausübt, kann man sie dazu zwingen zu handeln. Das beweist der Fall einer 18-jährigen Schülerin, die vergewaltigt und ermordet wurde. Erst aufgrund großer Proteste wurde ein Prozess gegen die Täter geführt. Eine revolutionäre Politik in Sri Lanka müsste sich die Ausweitung und Durchsetzung der Rechte der Frau auf die Fahne schreiben.

Die Bewegung müsste sich aber auch für die Erhaltung und Ausweitung der beschränkten demokratischen Möglichkeiten einsetzen, wie die letzte Regierungskrise gezeigt hat. Außerdem muss die Macht von Militär und Polizei gebrochen und müssen die ethnischen und religiösen Konflikte überwunden werden. Das kann nur einer sozialistische Arbeiter_Innen- und Bauern-/Bäuerinnenregierung in Kombination mit einer revolutionären Partei tun. Sie muss den Bauern und Bäuerinnen zu Land und den Arbeiter_Innen zur Kontrolle über die und letztlich Aneignung der Produktionsmittel verhelfen. Diese Politik muss aber auch einen internationalistischen und antiimperialistischen Charakter tragen und sich gegen die imperialistische Einflussnahme z. B. Chinas und der USA richten.